

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboonementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt. für einen Monat 6.—Mt. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postscheckkonto Nr. 58477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18800. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insetatenpreise: Die 7 gefaltete Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gefaltete Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Entente beharrt auf der Entwaffnung der bayerischen Einwohnerwehren.

München, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unfehlbar wird mitgeteilt: Der Ministerrat beschäftigte sich bei der gestrigen Sitzung mit der vom Reichsminister v. Heine im Auftrag der Reichsregierung überbrachten Note vom 23. März. In der vom Ministerrat beschlossenen Antwort an die Reichsregierung schlägt die bayerische Staatsregierung mit eingehender Begründung vor, „bei gegebenem Anlaß mit der Entente in neuen Verhandlungen wegen der Entwaffnungsfrage einzutreten.“

Im übrigen steht fest, daß die bayerische Regierung nach wie vor daran festhält, die Einwohnerwehr nicht zu entwaffnen. Das Eruchen an die Reichsregierung, in neue Verhandlungen einzutreten, bedeutet nichts anderes, als ein weiteres Hinauschieben der Entscheidung in der Entwaffnungsfrage. Die Entente ist aber offenbar nicht geneigt, eine weitere Verschiebung zuzulassen, wie die folgende Meldung beweist:

München, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten in einem Privattelegramm aus Straßburg: „Die Volksstaatler konferenz ist übereingekommen, daß die Gesamtkommunistische Bewegung in Bayern nicht größer sei als in irgend einem andern deutschen Landesteil und daß Bayern daher kein Recht habe, entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages zu handeln und sich der Entwaffnung der Einwohnerwehr zu widersetzen. Die Alliierten würden in dieser Angelegenheit eine besondere Note nach Berlin richten, aber eine direkte Auseinandersetzung mit München ablehnen.“

Wieder einmal Ludendorff.

München, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die christlich-soziale Zeitung Das neue Volk teilt in Nummer 78 aus ganz zweiflügiger Quelle mit: „In den letzten Tagen sind in München im Reichstag eine Besprechung zwischen Herrn Poehner (Volkspräsident) und einigen Herren der Regierung statt, an welcher von Anfang bis Ende Ludendorff teilgenommen hat. Er soll in der Besprechung der Münchner Volkspt. besonders auch in der Frage der Entwaffnung eine Rolle aufgetragen erhalten haben.“

Der Kapp-Putsch ist als Berater der bayerischen Regierung — wie fein das zusammenpasst!

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung in Preußen. Eine kritische Situation.

Berlin, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach im Laufe des gestrigen Tages hatte es den Anschein, als ob die Sozialdemokratie eine Schwäche vollzogen habe. Der Vorwärts hatte vorgestern abend eine so helle Haltung in der Regierungsbildungsfrage Preußens eingenommen, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung gestern morgen erklärte, es komme nur noch auf die Deutsche Volkspartei an, dann sei eine Regierung von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten gesichert. Da die Rechtspresse aber sehr heftig die Beseitigung der Minister Braun und Seering forderte, so schiene in der Sozialdemokratie noch in letzter Stunde die Vernunft die Oberhand gewonnen zu haben. Die gestrige Sitzung der rechtsozialistischen Vandiafraktion hat deshalb erklärt, daß es keinen Anlaß dazu gäbe, den Vertrag nicht in eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu gehen, legendwie abzuändern.

Die Sozialdemokratische Korrespondenz schreibt dazu, daß falls die Deutsche Volkspartei etwa bei Wiederherstellung der alten preußischen Regierungskoalition im Reiche aus der Regierung ausscheiden wolle, dann ebenfalls auch im Reiche dieselbe Koalition wie in Preußen, nämlich die alte Koalition wieder hergestellt werden sollte. Die Reichsregierung sei ohnehin am Ende ihres Lateins. Herr Wirth habe die Steuerabrogation der Deutschen Volkspartei seit, die Gültigkeit des Wirtschaftsministers Scholt sei seit geraumer Zeit für seine eigenen Parteifreunde unerträglich geworden. Die Korrespondenz erklärt weiter, das Verhalten der Unabhängigen im Landtag zeige deutlich, daß die Wiederherstellung der alten preußischen Regierungskoalition der Republik zuverlässige Freunde auch im Lager der unabhängigen Arbeiterschaft finden würde. (Das wird ganz von der Haltung dieser Regierung abhängen. Red. d. L. V.)

Die Deutschnationalen unternehmen einen leichten Vorstoß, ihre Korrespondenz veröffentlicht nochmals eine Erklärung, in der sie zur endgültigen Beseitigung der sozialistischen Mitherrschaft auffordert. Sie erklärt, daß alle Parteien, die durch die Art ihrer Mitwirkung bei der Regierungsbildung für die Fortdauer einer solchen Verwaltung verantwortlich und im vollen Umfange schuldig seien. Dieser deutliche Wink an die Deutsche Volkspartei wird noch nachdrücklich betont durch den Satz: „Neben dem Zentrum habe insbesondere die Deutsche Volkspartei es in der Hand, auf die Regierungsbildung in Preußen entscheidend einzuwirken.“ Die frige Rechtspresse steht im allgemeinen auf dem Standpunkt, daß der Ausweg einer bürgerlichen Minderheitsregierung mit Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei, also unter deren Diktatur, der beste sei.

Da nach andern Meldungen das Zentrum und die Demokraten weiter auf ihrem Standpunkt festhalten, daß für die alte Koalition in Preußen keine ausreichende Mehrheit mehr vorhanden sei, und da weiter die Demokraten den Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die Parteiengruppierung des Reiches in Preußen zu versuchen, entschieden ablehnen, so kann es seinem Abschluß unterliegen, daß die Verhandlungen in ein anderes triftiges Stadium geraten sind.

Streik der englischen Bergarbeiter. Noch keine Entscheidung der Transportarbeiter.

Berlin, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus London: Die Verhandlungen des Dreibundes gehen ihren Gang. 400 Delegierte der Transportarbeiter versammelten sich zu einer geschlossenen Sitzung, in der Harry Gosling das Präsidium führte. Die Vertreter der Bergarbeiter forderten die Transportarbeiter auf, sich ihnen anzuschließen, indem sie darauf hinwiesen, daß der Höchstlohn eines Bergarbeiters nach den Vorschlägen der Besitzer 2 Pfund und 2 Schilling für die Woche betragen würde. Die Transportarbeiter sollten sich dies als Mahnung dienen lassen, denn sie selbst würden die nächsten sein, denen man durch solche Lohnkürzungen die Daseinsbedingungen unmöglich mache. Robert William erklärte nach der Sitzung, daß die Berichte in den Morgenzeitungen, wonach auf dieser Konferenz endgültig entschieden worden sei, in einen Sympathiestreik einzutreten, unrichtig wären. Der Ausschluß der Transportarbeiter habe sich noch nicht endgültig entschieden, man erwarte noch die Haltung des Parlaments in der heutigen Sitzung.

Der Korrespondent der Deutschen Allgemeinen Zeitung muß zugeben, daß die Veröffentlichung des Regierungserlasses über den Ausnahmegesetzstand, der der Regierung fast dieselbe Macht gibt, wie bei der Proklamation des Krieges, die Bevölkerung Englands in allen Städten sehr betroffen habe. Die englische Presse glaubt, daß bei einer Streikdauer von einer Woche 30 Prozent der schwerindustriellen Werke ihren Betrieb wieder einstellen müssen und, folgen hinz, daß dadurch annähernd eine Million weitere Arbeiter beschäftigunglos werden. Es werden Truppen aus England in die verschiedenen Bergwerksdistrikte versandt. Auch nach London sind Verstärkungen gebracht worden, zwei Bataillone und zwei Kompanien irische Mannschaften mit voller Bewaffnung und Stahlhelmen kamen aus Aldershot in London an und marschierten nach Westhall.

Der letzte Schimmer von Hoffnung auf Verständigung soll noch darin bestehen, daß Lloyd George gestern abend im Unterhaus sich damit einverstanden erklären werde, den Vorschlag des Abgeordneten Kyns gutzuheissen, der die Fortdauer der Kohlenkontrolle durch die Regierung für einen Monat beantragt.

Nach dieser Darstellung scheint die gestern wiedergegebene Meldung, daß die vorläufige Wiedereinführung der staatlichen Kohlenkontrolle bereits beschlossen sei, unzutreffend zu sein.

Streikabschluß der Eisenbahner.

London, 5. April. (T.U.) Nach dem Daily Herald haben 98 Prozent der Eisenbahner sich für den Streik angesprochen.

Stilllegung der Schiffahrt?

London, 5. April. (T.U.) Wenn die Verhandlungen mit den streitenden Bergarbeitern nicht sofort aufgenommen werden, werden auch die Fachvereinigungen der Schiffahrtswirtschaft in die Aktion des Dreiverbandes der Arbeiter mit eintreten, d. h. also, die Schiffahrt wird ebenfalls lahmgelegt, wenn der Dreiverband den Gegenstreik proklamiert.

Militärische Vorbereitungen.

London, 6. April. Wenn die Doctor und Eisenbahner am heutigen Mittwoch beschließen, an der Bewegung teilzunehmen, wird sich England vor einem allgemeinen Generalstreik befinden. Es ist möglich, daß die Situation sehr gespannt wird und daß erste Unruhen ausbrechen. Um dieser Möglichkeit zu begegnen, hat die Regierung große Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Daily Herald meldet von Dienstagmorgen, daß bereits Truppenmengen aus Indien zurückgerufen worden und daß Truppenteile, die mit Panzerautos und Maschinengewehren ausgestattet sind, nach denselben Punkten dirigiert werden, wo die größten Arbeitszentren sind. Anderswo gab der Kriegsminister verschiedenen Turngesellschaften den Befehl, die ihnen zur Verfügung gestellten Gewehre abzuliefern. — Die Admiralsität hat allen Urlaub zurückgezogen. Bisher wurde aber kein Flottenpersonal nach den Bergwerken gesandt.

Die englische bürgerliche Presse bringt bereits die üblichen Alarmmeldungen über Ausschreitungen der Streikenden und über Zusammenstöße zwischen Bergarbeitern und Polizisten in Lancashire und Schottland, die natürlich mit der notwendigen Vorsicht aufgenommen werden müssen.

Die außerordentlichen Gerichte und die Orgesch.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 31. März d. J. über die Bildung außerordentlicher Gerichte in ganz Deutschland, ist ein so platter Verstoß gegen die Reichsverfassung und ein so frecher Vorstoß der Reaktion, daß sie überall in Arbeiterkreisen dem schärfsten Widerspruch begegnet ist. Die Bedeutung des neuen Knebel-Erlusses erschöpft sich aber nicht in der innenpolitischen Weltung, sondern es kommt ihm auch sehr starker außenpolitischer Einfluß zu. Durch die Verordnung Eberts wird nämlich das letzte Hemmnis zum Weiterbestehen der Orgesch-Organisationen beseitigt, was besonders hervorgehoben werden muß, weil die Sanktionen der Entente bekanntlich nicht zuletzt wegen des deutschen Widerstandes in der Entwaffnungsfrage verhängt worden sind.

Der Reichspräsident hat seine am 30. Juni des vorigen Jahres erlassene Verfügung durch diejenigen Bestimmungen erweitert. Im Vorjahr hatte Ebert nach der Aushebung der Militärjustiz versteckt Kriegsgerichte durch die Errichtung außerordentlicher Gerichtshöfe an den Sitzen der Reichswehrgruppenkommandos I und II wieder eingeführt. Diese Gerichte waren mit drei Abteilungen und zwei Militärrichtern bekleidet, die alle vom Oberbefehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos ernannt wurden und es war ihnen eine mit den modernen Rechtsbegiffen im strengsten Widerspruch stehende Macht verliehen worden. Die Rechtsgarantien für den Angeklagten waren in derselben Weise bestätigt wie jetzt bei den Ausnahmegerichten. Diese Gerichte hatten die Befugnis durch die Regierung erhalten, gegen zweierlei Straftaten einzuherrschen: Einerseits gegen Propaganda in der Reichswehr, Sicherheitspolizei usw., die deren Mitglieder zum Ungehorsam oder Widerstand aufsorderte, zweitens gegen diejenigen, die es unternehmen, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer oder polizeilicher Art zusammenzuschließen oder an solchen Verbänden teilzunehmen. Eine Anklage der ersten Art ist unsres Wissens nur in einem Falle gegen einen Redakteur der Roten Fahne erhoben worden, die Verhandlung endete jedoch mit einem Freispruch. Wegen illegaler Verbände sind die außerordentlichen Gerichte dagegen ununterbrochen eingeschritten, fast ausschließlich jedoch gegen die Organisatoren der papierenen kommunistischen Armee, und in zwei Fällen, in denen gegenrevolutionäre Putschtruppenhäuplinge sich zu verantworten hatten, nämlich der Orgeschleutnant Müller in Waldenburg und Pfeiffer, wurden sie platt freigesprochen. Diese Verordnung Eberts war von dem hervorragenden deutschen Reichstag bestätigt worden, der Reichspräsident hat sie aber ohne Zustimmung des Parlaments jetzt durch seine neue Verfügung noch weiter mißgestaltet.

Das sogenannte Entwaffnungsgeley, welches am 19. März im Reichstag angenommen wurde, und zwar auf Grund der Not vom 29. Januar, ist bekanntlich in Wirklichkeit ein Richtentwaffnungsgeley, weil das entscheidende Wort „Selbstschutzbündnisse“ aus dem Regierungsentwurf infolge des bayerischen Widerstandes gestrichen wurde. § 1 des Reichsgesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages lautet jetzt:

Keine Vereinigung irgendwelcher Art darf erstmals sich mit militärischen Dingen oder mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilmachung hinzweisen, zweitens ihre Mitglieder im Kriegsbeamten oder im Gebrauch von Militärmessen ausbilden oder üben, oder ausbilden oder üben lassen, drittens sich mit dem Reichswehrministerium oder einer andern militärischen Behörde in Verbindung setzen oder halten. Das Gleiche gilt für Unterrichtsanstalten und Universitäten mit der Maßgabe, daß an der Stelle der Mitglieder die zu ihnen gehörenden Lehrer und Schüler treten.

Hier nach wird deutlich, daß die Verordnung vom 30. Mai des Vorjahrs immerhin eine stärkere Möglichkeit zum Einschreiten gegen die Orgesch und andre illegale Militärverbände gab, als das Entwaffnungsgeley, und daher mußte sie aufgehoben werden, um der Orgesch die Fortexistenz unbehindert von der Rechtsprechung zu ermöglichen. Die neuen außerordentlichen Gerichte sollen aber obendrein nur wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Entwaffnungsgeley vom 7. August 1920 (nicht gegen das am 19. März vom Reichstag beschlossene) und im übrigen nur auf Grund der allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches einschreiten können. Die Orgeschleute wird man jetzt gerächtlich überhaupt nicht mehr fassen, und das war neben der neuen Ausnahmeverfassung gegen die kommunistischen Arbeiter jedenfalls der Hauptzweck der Verordnung, die im Zeitalter der Zwangsmäßigkeiten der Entente zweifellos weitere Kompilationen nach sich ziehen dürfte.

Über die Begünstigung der Orgesch durch das neue „Entwaffnungsgeley“ gibt eingehendere Ausklärung ein Artikel des Genossen Rosenfeld, dem wir folgendes entnehmen:

Als Geley zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages von Versailles hat der Reichstag am 19. März

Bestimmungen erlassen, die den Zweck haben sollen, das im Sommer 1920 erlassene Entwaffnungsgesetz zu ergänzen. Auf Grund dieses älteren Gesetzes, das den Besitz von Waffen unter Strafe stellt, ist in Deutschland eine Entwaffnungskktion durchgeführt worden. In Deutschland, das heißt in diesem Falle, in den nichtbayerischen Landeshäfen. Bayern behält natürlich seine Waffen und vor allem brauchen und brauchen die bayerischen Einwohnerwehren ihre Waffen nicht abzuliefern.

Die Entente sah dem Treiben der Selbstschuhorganisationen in Bayern nicht müggig zu. Sie griff ein und sie konnte sich für ihre Eingaben auf den Friedensvertrag von Versailles berufen. Artikel 177 lautet:

Die Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereine, Schützengilden, die Sport- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeglicher Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, dürfen sich mit keinen militärischen Dingen beschäftigen.

Es ist ihnen namentlich untersagt, ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Militärwaffen auszubilden oder zu üben oder auszubilden oder üben zu lassen.

Diese Vereine, Gesellschaften, Unterrichtsanstalten und Universitäten dürfen in keinerlei Verbindung mit dem Kriegsministerium oder irgendeiner andern militärischen Behörde stehen.

Artikel 178 des Friedensvertrages ferner lautet:

Alle Mobilisierungsmassnahmen oder solche, die auf eine Mobilisierung hinzielen, sind untersagt. In kleinen Hölle dienen bei Truppenteilen, Behörden oder Städten Stämme für Ergänzungstruppen vorhanden sein.

In Ausführung dieser Bestimmungen ordnete § 22 des Ausführungsgeges zum Friedensvertrag vom 31. August 1919 an:

Vereine und private Unterrichtsanstalten, die den im Artikel 177 des Friedensvertrages enthaltenen Verbote zuwiderröhnen, unterliegen der Auflösung.

Eine Strafbestimmung enthält das Gesetz aber nicht. Deshalb hat die Entente in ihrer Note vom 20. Januar 1921 verlangt, daß bis zum 15. März 1921 weitere gesetzliche Bestimmungen zur Ausführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages erlassen werden. Die deutsche Regierung ließ sich viel Zeit mit der Erfüllung auch dieses Teils des Friedensvertrages. Erst am 12. März legte sie dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor der folgende Bestimmungen enthielt:

S. 1.
Es sind zu verbieten: Vereinigungen aller Art, welche 1. ihre Mitglieder im Kriegshandwerk oder im Gebrauch von Militärwaffen auszubilden oder üben, oder auszubilden oder üben lassen, 2. sich mit Maßnahmen befassen, die auf eine Mobilisierung hinzielen.

S. 2.
Unterrichtsanstalten, Universitäten und Kriegervereine, Schützengilden, Sports- oder Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art sind verboten, sich mit militärischen Dingen zu befassen, sowie sich mit dem Reichsverteidigungsamt oder einer andern militärischen Behörde in Verbindung zu setzen.

Aber dieser Gesetzentwurf ging den bürgerlichen Parteien schon zu weit. Einwohnerwehren, Selbstschuhorganisationen und Orgeln waren in Gefahr, verboten zu werden, und das durfte nicht sein. In der Ausschusseratung überboten sich die bürgerlichen Parteien in Vorschlägen, die alle das Ziel verfolgten, nur scheinbar den Friedensvertrag auszuführen, das Fortbestehen der Selbstschuhorganisationen aber auch weiterhin zu ermöglichen. Im Ausschuss rasteten sich auch die Rechtssocialisten, wenigstens in der ersten Lesung des Gesetzes, dazu auf, ein sofortiges und ausdrückliches Verbot der Einwohnerwehren und Selbstschuhorganisationen zu verlangen. Das Durcheinander war im Ausschuss bei der ersten Lesung so groß, daß sämtliche Vorschläge der einzelnen Fraktionen mit Stimmengleichheit abgelehnt wurden.

Bei der ersten und zweiten Lesung gelang der Kuhhandel hinter den Kulissen. An den geheimen Verhandlungen nahmen sämtliche Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und Kommunisten teil. Die bürgerlichen Parteien zogen sich auf den Wortlaut des Friedensvertrages zurück. Sie beantragten, den S. 1 wie folgt anzufügen:

Geht aus den Sätzen oder dem Verhalten einer Vereinigung hervor, daß ihr Zweck im Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages steht, so ist sie aufzulösen.

Auf diese unklare Fassung, die die Entente nur dem Buchstab nach aufzufinden scheint, einigten sich alle bürgerlichen Parteien. Sie waren sich bewußt, daß bei solcher Gesetzesbestimmung die Auslegung in die Hände der Behörden gelegt war, und an diesen hatten alle bürgerlichen Parteien das Vertrauen, daß sie Einwohnerwehren und Selbstschuhorganisationen nicht als gegen den Friedensvertrag verstörend ansiehen würden. Die Rechtssocialisten bemühten sich noch während der Ausschusseratungen, wenigstens eine offizielle Erklärung der Regierung zu erwirken, nach der die Einwohnerwehren unter die von der Mehrheit angenommene Fassung des S. 1 fallen. Aber nicht einmal eine solche Erklärung wurde von der Regierung abgegeben. In der ersten Lesung hatten die Rechtssocialisten ausdrücklich erklärt, daß sie den „Eiertanz um die bayrische Einwohnerwehr“ nicht mitmachen würden, in den geheimen Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien haben sie aber schnell tausend gelernt.

Wir beantragten eine Fassung, wodurch diesen realistischen Gedanken das Lebenslicht mit Sicherheit ausgeblendet worden wäre.

Wer sich an einer Einwohnerwehr oder an einer Selbstschuhorganisation oder an einer Vereinigung beteiligt, aus deren Sätzen oder Verhalten hervorgeht, daß ihr Zweck im Widerspruch zu dem Friedensvertrag steht, wird mit Gefängnis bestraft.

Unser Antrag ist aber abgelehnt worden. Der Ortschefsminister Koch schüttete vor, daß nach Annahme des Antrages seiner Fraktion auch verboten seien — — die Wach- und Schützenvereinigungen. Diese aber seien unentbehrlich.

Die erwähnte Fassung des S. 1, wie sie von allen bürgerlichen Parteien vorgeschlagen wurde, ist alsdann auch in dritter Lesung von Reichstag angenommen worden. Es liegt jetzt alles in der Hand der Behörden und man kann sich denken, daß die Selbstschuhorganisationen um ihre Fortbestehen nicht Angst zu haben brauchen. Hat doch der Ortschefsminister Koch noch dazu erklärt, daß man bei Durchführung des Gesetzes „schonjam“ verfahren werde.

Nach S. 1 des Gesetzes sind nicht einmal die dort bezahlten Vereinigungen ohne weiteres verboten. Gleichermaßen hat die oberste Landesbehörde nur das Recht, die Auflösung solcher Vereinigungen auszusprechen; die oberste Landesbehörde, d. h. die Landesregierung, das heißt in Bayern die Regierung Kahn! Daß sie nicht daran denkt, der bayrischen Einwohnerwehr an den Kragen zu gehen, hat diese Regierung inzwischen in aller Welt verklärt.

Im ursprünglichen Regierungsentwurf war das Recht zum Verbot der Vereinigungen wenigstens dem Reichsminister des Innern gegeben, der allerdings die Durchführung der Verbote nur „im Benehmen mit der obersten Landesbehörde“ sollte vornehmen können. Auch dies ging den bürgerlichen Parteien zu weit. Vergleichlich verlangten wir und im Ausschuss auch die Rechtssocialisten das Verbotsrecht für die Reichsregierung.

Zu dem Gesetz kam nur die Bestimmung hinzu, daß die Reichsregierung für die Auflösung „zuständig“ ist, wenn die oberste Landesbehörde von der Auflösung ablebt. Wenn also die Landesregierung veragt, muß die Reichsregierung nicht etwa einschreiten. Sie ist nur für ein eventuelles Eingreifen zuständig. Wer aber könnte glauben, daß die Reichsregierung gegen Bayern vorgehen würde, nachdem sie bisher nur gegen kleine Länder, wie Gotha, Braunschweig und Bremen die Faust geballt, gegen Bayern aber noch nicht einmal die Hand zu erheben gewagt hat.

Der Deutschenationale von Graatz prophezeite sogar den Bankrott Deutschlands, wenn die Reichsregierung gegen einzelne Länder vorgegangen würde. Herr Koch hat weber den Willen noch

gegen Bayern vorzugehen. Er ist nicht mit Unrecht in Bayern der beliebteste Reichsminister.

Schließlich brachten die bürgerlichen Parteien in den Gesetzentwurf auch noch Bestimmungen hinzu, daß im Falle einer Strafe erkannt werden muß. Es wurde auch die Möglichkeit der Verurteilung zu Festungsstrafe vorgesehen! Sogar ein Antrag, der herbeiführen wollte, daß die Mindeststrafe hundert Mark betragen sollte, wurde abgelehnt. Die Parteien brauchen also, wenn sie wirklich gegen Vereinigungen der Konterrevolution einschreiten, nicht einmal auf Gefängnis zu erkennen, sie können sich damit begnügen, auf Gefängnis von drei Mark oder auf Festungsstrafe zu erkennen.

Und für ein solches Gesetz, das in der Ausführung schätzbar gegen links gerichtet, das man aber gegen rechts überhaupt nicht anwenden wird, haben nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern auch die Rechtssocialisten gestimmt! Es war in ihre Hand gegeben, wirklich die Entwaffnung der Einwohnerwehren herbeizuführen. Die bürgerlichen Parteien wollten das Gesetz nur in einer auch von den Rechtssocialisten gebilligten Form verabschieden. Diese haben aber die wichtige Handhabe eines solchen Gesetzes nicht benutzt. Die Einwohnerwehren bestehen weiter von Gnaden der Rechtssocialisten. Sie sind die eigenwilligen Vollzieher des Lex Koch.

Die Folgen der Schaffung eines so unzulänglichen Gesetzes wird leider das ganze deutsche Volk tragen müssen. Die Entente wird die Sabotage des Friedensvertrages zum Anlaß nehmen, die Sanktionen noch zu verschärfen. Die Verantwortung für alle Folgen trifft die bürgerlichen Parteien, die Reichsregierung und nicht minder die Rechtssocialisten.

Keine Standgerichte und Standrechteile.

Der gestern von uns wiedergegebenen Meldung des Berliner Lokal-Anzeigers von standrechtlichen Erschießungen in Schraplau sieht das Wohlsehe Bureau heute folgendes amtliches Dementi entgegen:

Berlin, 5. April. Zu den heute in der Presse ausgetragten Meldungen, es seien in Schraplau russische standrechtliche erschossen worden, wird bemerkt, daß nirgends Standgerichte eingesetzt sind. Bei den Kämpfen der Schutzpolizei mit den Russischen in Schraplau am 2. Osterlage sind fünf Russische während der Kampfhandlungen gefallen. Eine standrechtliche Erschießung von Leuten hat weder hier noch in den Deuna-Berlen, wie gestern die Rote Fahne fälschlich behauptete, stattgefunden.

Dieses Dementi erweckt den Verdacht, daß tatsächlich in Schraplau Erschießungen vorgenommen worden sind, die nicht direkte Kampfhandlungen waren, die man zu besten Verucht durch die Behauptung, sie seien im Kampfe erfolgt. Es muß von der Regierung ein eingehenderer Nachweis verlangt werden, daß es sich nicht etwa um Erschießungen von wehrlosen Gefangenen handelt, um Radikale, die namenlich der Reichswehr zugutratzen sind, die, entgegen den Versprechungen der preußischen Regierung, an einzelnen Stellen doch mit eingesetzt worden ist. Es wird glaubwürdig berichtet, daß sich diese Reichswehr überall, wo sie in Tätigkeit trat, was glücklicherweise vereinzelt geblieben ist, mit der ihr eigenen Brutalität und Kiebertracht aus Noske'scher Zeit benommen hat, daß sie Gefangene in der bekannten schändlichen Weise mishandelt hat. Der Verdacht, daß es dabei auch zu Mordtaten gekommen ist, liegt nach allen Erfahrungen nahe. So soll die Reichswehr auf dem Deunawerk barbarsch gehandelt haben. Die Truppen, die das Werk besetzen, haben nach Meldungen aus der Arbeiterschaft noch rücksichtlos auf zumeist an den Kämpfen ganz unbeteiligte Arbeiter des Werkes geschossen, als der schwache Widerstand längst gebrochen war und eine Gefahr für die Truppen nicht mehr bestand.

Einen großen Teil der Schuld an diesem traurigen Ausgang trägt freilich die kommunistische Führung, die die Arbeiter des Werks in den völlig aussichtslosen Kampf hineingeht hat, obgleich sie bei einiger gewissenhafter Information wissen mußte, daß es ein Kampf gegen eine große Übermacht war; und daß deshalb durch rechtzeitigen Abbruch des versuchten Unternehmens die irregeleiteten Arbeiter aus der schweren Gefahr für Leib und Leben hätte heraustrühen müssen. Aber dazu langte es bei den gewisslosen Burschen, bei den Uhelmann (Kempin), Prenzlau usw., die den Aktionsausschuss bildeten, nicht. Sie wußten, als die Sache brenzlich wurde, ihre werte Person Icheln nicht in Sicherheit zu bringen und ließen die von ihnen in den Kampf gehechten Arbeiter in der kritischsten Situation schändlich und seige im Stich. Das erbärmliche Verhalten hat ihnen freilich nicht viel genutzt. Denn Uhelmann und Prenzlau sind bereits vorgesetzte von der Leipziger Kriminalpolizei verhaftet worden, und gestern sind zwei weitere Mitglieder des Aktionsausschusses, Haase und Gierth, auf dem Bayrischen Bahnhof in Leipzig verhaftet worden, als sie ihre Flucht fortsetzen wollten. Sie trugen elegante Anzüge von Ingenieuren, die sie sich auf dem Deunawerk angeeignet hatten, und waren mit solchen Papieren ausgestattet, die ihnen das Einkommen ins Ausland ermöglichen sollten. Uhelmann war im Besitz von etwa 8000 M. Auf dem Deunawerk sind unter seiner Führung die Geldschänke erbrochen und geleert worden; angeblich ist dabei etwa eine halbe Million Goldmark erbeutet worden.

Im ganzen sind in der Provinz Sachsen 3642 Kommunisten verhaftet worden, die nun den Ausnahmegerichten ausgesetzt werden, wenn nicht schlimmst die schändliche Verordnung aufgehoben wird. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat einen entsprechenden Antrag im Reichstag bereits eingebracht, der auch die Aufhebung des Belagerungszustands verlangt. Ob die Rechtssocialisten für ihn eintreten werden, erscheint allerdings zweifelhaft, nach der Haltung des Vorwärts zu urteilen, die sich daraus erklärt, daß die Verordnung über die Ausnahmegerichte nach der Germania von der preußischen Regierung gebilligt worden ist.

In Hamburg hat das Ausnahmegericht seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Darüber wird unten 5. April gemeldet.

Hier haben heute die ersten Verhandlungen des außerordentlichen Gerichts gegen die an den Hamburger Unruhen beteiligten Personen begonnen. Ein 20 Jahre alter Maschinenbauer, der auf dem Dach des Direktionsgebäudes der Werke von Blohm u. Voß die rote Fahne gehisst hatte, wurde zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Frau erhielt 3½ Jahre Zuchthaus, weil sie einen niedergeschossenen Polizisten durch Faustschläge und Fußtritte ins Gesicht schwer mishandelt hatte.

Erniedrigung der Mansfelder Bergarbeiter.

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben:

Vor etwa drei Wochen schrieb der kommunistische Klassempf:

„Die Mansfelder Arbeiter sind erwacht, sie sind die Sinterskuppen der Kommunisten.“ Nun ist der Sturm vorüber. Allerdings ganz anders als sich ihn die ausführenden Kommandeure des Sowjet-Oberkommandos in Moskau geträumt haben. Hunderte von Arbeitern sind tot, in unzähligen Familien ist zum Teil dauerndes Elend getragen worden. Die Anführer aber führen sicher im Auslande. Die mitteldeutschen Führer sind mit gefüllten Taschen geflohen. Sie, die sich nicht genug leisten in Beschimpfungen auf alte Arbeiterschäfer; sie, die jeden, der ihre Dynamit-Taktik nicht mitmachen wollte, einen Arbeiterverschönerer nennen, haben die irregeführten Arbeiter schändlich verernt.

Die Mansfelder Bergarbeiter sind erwacht, aber auch anders als es sich die kommunistischen Nachreiter des Kapp dachten. Am Sonntag, dem 3. April, sandt in Helsbra eine von allen Mansfelder Werken stark besuchte Funktionärskonferenz statt. Hier wie in einer Bergarbeiterversammlung wurde die folgende Entschließung einstimmig ohne jeden Widerspruch angenommen:

Die am 3. April in Helsbra tagende Bergarbeiter-Funktionskonferenz verurteilt aufs schärfste die kommunistische Führerung des Massen und spricht ihre letzte Entschließung aus über das verbrecherliche Gesindel, das durch Raub, Plündern und Morden das größte Elend über die Arbeiterschaft gebracht hat. Sie weißt ferner jede Gemeinschaft mit der kommunistischen Partei entwegen von sich, nachdem diese offen aufgefordert hat, die Funktionäre der SPD, USPD, und der Gewerkschaften erst fortzuschlagen, und somit in hoher Weise den Klassenkampf gegen die eigenen Arbeiterschäfer gepredigt hat. Sie erklärt ferner, in Zukunft nur den Anweisungen der freien Gewerkschaften und den Betriebsräten, die die Sagungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennen, Folge zu leisten.

Diesen Erfolg ihrer Arbeit haben sich die Kommunisten nicht erhofft. Es ist nur schade, daß diese Entschließung so viele Opfer erfordert hat. Mögen die deutschen Arbeiter gewarnt sein und lernen, wie man keine Klassenkämpfe führen soll. W. H.

Das Ende der kommunistischen Streikbewegung.

Allgemeine Arbeitsaufnahme im linksrheinischen Gebiet.

Essen, 5. April. (WTB) Auf jährlichen Schachtanlagen des linksrheinischen Gebiets und auf der Zeche Westfalen in Witten sind die Belegschaften zur heutigen Feierlichkeit volljährig angemessen. Die Ausstandsbevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kann das als beendet angesehen werden. Die Schachtanlagen des linksrheinischen Gebiets sind noch von den belgischen Besatzungsbefehlen besetzt.

Die Lage in Mitteldeutschland.

Magdeburg, 5. April. Die Meldestelle des Oberpräsidenten teilt mit: Aus der ganzen Provinz keine besonderen Nachrichten. Die Streiken dauern fort; verschrengte Führer werden immer noch festgenommen. Die Ausnahmegerichte haben ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Rücktransport der Reichswehr in die Garnisonen hat begonnen. Die Verluste der Schutzpolizei während der Aufruhrbewegung betragen 33 Tote, 57 Verwundete und ein Vermisster.

Die Orgesch-Veuleben läßt die günstige Gelegenheit

Halle a. S., 6. April. (WTB) Bandwirksame Korporenationen und Bauernschaften der Provinz Sachsen haben in den Oberpräsidenten Telegramme gerichtet, in denen erklärt wird, die Provinz Sachsen sei noch keineswegs von Banden gesäubert. Die Bauern würden Selbstschuhorganisationen bilden, wenn nicht sofort Reichswehr eingesetzt werde.

Von dem Oberpräsidenten und der Regierung muß gefordert werden, daß sie diesen Wünschen der reaktionären Bauern nicht Rechnung tragen, sondern vielmehr für die sofortige Juristisierung der Reichswehrtruppen sorgen. Weiter muß aber auch verlangt werden, daß die Regierung und ihre ausführenden Organe der Bildung konterrevolutionärer Einwohnerwehren und anderer reaktionär bewaffneter Banden mit derselben Energie und mit denselben Mitteln entgegentreten, mit denen sie die kommunistischen Kämpfer bekämpfen.

Drohung mit Stilllegung von Bergwerken.

Halle a. S., 6. April. (TU) Bei den Verhandlungen zwischen der Ober-Berg- und Grubendirektion der Mansfeldischen Gewerkschaft und Vertretern der Bergunternehmerverbände teilte der Generaldirektor Dr. Helmhold mit, daß sich die Wiederaufnahme der Arbeit auf den Schächten und Hütten nicht vor heute auf morgen bewerkstelligen läßt. Bei der Arbeitsaufnahme würden in erster Linie Familienväter berücksichtigt werden. Der größte Teil des bei den Attentaten, so auch bei der geplanten Sprengung der Berliner Siegesäule verwendeten Dynamits stammte aus der Mansfeldischen Kupferschieferbauenden Gewerkschaft. Die Behörden verlangen von der Gewerkschaft Sicherheiten, daß die Sprengstoffe nicht mehr in die Hände von Verbrechern fallen könnten. Wenn derartige Diebstähle, wie in der letzten Zeit, sich wiederholen würden, würden die gesamten Werke unwiderrücklich stillgelegt werden.

Landarbeiterstreiks in Ostpreußen.

Königsberg, 6. April. (TU) Im Kreise Lübau sind auf mehreren Gütern wilde Streiks ausgebrochen, die auf die Tätigkeit der Kommunisten zurückzuführen sind. Junge Burschen fahren auf Rädern, geschmückt mit roten Bändern, im Kreise umher und verführen ihre Kollegen zur Arbeitsniederlegung aufzutreten. Für die Güter ist der Streik von grossem Nachteil, da gerade jetzt die Saatbeiten beginnen. Man glaubt, daß der Streik noch größere Ausdehnung annimmt.

Interpellation über den Kommunistenputsch im preußischen Landtag.

Berlin, 6. April. (TU) Wie die Post aus politischen Kreisen hört, wollen Zentrum, Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten eine gemeinsame Interpellation über den Ausstand in Mitteldeutschland einbringen.

Die Kommunistenverfolgungen in Bayern.

München, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der Z. V.) Am Montag fand in München im Fraktionszimmer der BAPD im Landtagsgebäude eine Zusammenkunft von kommunistischen Parlamentarien statt. Als die Teilnehmer der Sitzung um 6 Uhr abends das Landtagsgebäude verließen, wurde der Kommunist Löberl, der ehemalige Münchner Polizeipräsident während der Räterepublik, verhaftet. Die Münchner Augsburger Abendzeitung schreibt, anscheinend vom Polizeipräsidium informiert, daß sämtliche Teilnehmer dieser Sitzung sich wegen Teils

nahme an einer verbotenen Versammlung zu verantworten hätten, teil in Bayern kommunistische Versammlungen verboten sind.

Man stempelt eine Sitzung der Parteifunktionäre zu einer kommunistischen Versammlung, um eine Handhabe zu haben, aufgrund deren man neuerdings gegen die Kommunisten mit Verhaftungen vorgehen kann.

Bayerische Kommunistengeschichten.

Berlin, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Nürnberg: Die kommunistische Gefahr in Bayern ist noch nicht ganz erloschen. Die Polizei hat in den letzten Tagen verschiedentlich Verhaftungen von kommunistischen Führern vorgenommen. Heute früh wurde auf dem hiesigen Bahnhof aus dem Zug heraus der Führer der Jungkommunisten in Amberg, Weiß, festgenommen, der eine Kiste mit 6 Kilogramm Sprengstoff im kommunistischen Auftrag nach Nürnberg transportieren sollte.

Mit diesen Meldungen verucht offenbar die Rechtpresse, die Stellung der bayerischen Regierung gegenüber der Reichsregierung in der Entwaffnungsfrage zu stützen.

Der Habsburger auf dem Schub.

Ende des Abenteuers.

Unter sicherer Bedeckung und scharfer Kontrolle hat gestern Karl der „Kranke“ „sein“ Ungarn verlassen müssen. Die Komödie der Lungenentzündung, die ihm weiteres Bleiben erschwinden sollte, ist nicht fortgeführt worden — nach einer Wiener Meldung hat Karl bei seiner Abreise in Steinau am Rhein auf dem Bahnhof die ungarische Nationalhymne mitgesungen, die ein monarchistischer Sängerchor ihm zu Ehren anstimmt. Wie sehr dieser „Geizhals“ den monarchistischen Gedanken zu kompromittieren versuchte, zeigt der Umstand, dass er sehr besorgt war — wenigen die Zivilisie von 10 Millionen Kronen zu retten! Schließlich ist eine Meldung des Korrespondenten des Daily Herald, wonach der Kaiser die Abreise verzögert habe, weil er sich fürchtete, einer Schwiegermutter und seiner Frau Zita nach seinem Misserfolg unter die Augen zu kommen. Ist es nicht wahr, so ist es doch gut erstanden — paßt ganz zu dem, was man von dem Charakter dieses „Königs“ weiß.

Die Meldungen lauten:

Budapest, 5. April. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung der Nationalversammlung teilte der Ministerpräsident Graf Teleky mit, dass Kaiser Karl heute vorzeitig um 10 Uhr 15 Minuten aus Steinau abgereist ist.

Graz, 5. April. Der Sonderzug mit Kaiser Karl hat um 4 Uhr 50 Minuten nachmittags die Station Gehrungs verlassen. Die ungarische Begleitung hat sich dort vom Kaiser verabschiedet. Der Zug setzte die Fahrt ohne Zwischenfall fort.

Budapest, 5. April. In der Nationalversammlung führte Ministerpräsident Graf Teleky bei Erwähnung der Abreise des früheren Königs aus, die Regierung hoffe, dass die Abreise für die innere wie die äußere politische Lage beruhend wirken werde. Die unerwartete Ankunft des Königs habe Ungarn vor einer schweren Belastungsprobe gestellt, die glänzend bestanden worden sei. Er stellte fest, dass Regierung und Volk in der Frage, dass der König das Land verlassen müsse, in wenigen Ausnahmen (?) auf christlich-nationaler Seite eines Sinnes seien. Wenn sich die Abreise verzögert habe, so geschah es, weil Sicherheiten dafür geschaffen werden mußten, dass derjenige, auf dessen Haupt die ungarische Nation die heilige Stephanskron gelegt habe, in entsprechender Form reisse. Mit diesem Satze von der heiligen Stephanskron, der mit lang anhaltenden silbernen Glänen aufgenommen wurde, ist offenbar die Vereinigung erfüllt, die der König aus Prestigegründen vor seiner Abreise erstellt hat. Nachstehend soll dem König auch die Ansage gemacht werden sein, dass ihm von jetzt ab die volle Zivilisie in Höhe von 10 Millionen Kronen wie im Frieden ausgeschüttet werde. Die Ansiedlung bliebe im Interesse des Landes, weiter Ruhe zu bewahren.

Die Aussichtsreiche über die Haltung der Regierung beginnt morgen. Dabei kann es zum Konflikt kommen, da die Anhänger gegen die Erförderung Telekys, die Karl als König Ungarns anerkennt, protestieren werden.

Rückwirkungen auf Österreich.

Wien, 6. April. (U.L.) Aus Kreisen der Budapester fremden Missionen erfährt der Korrespondent des neuen Wiener Tagblattes, dass hinter der Reise des Kaisers Karl weitausgreifende Pläne stehen, die auch Österreich mit einbezogenen sollten. Wieder der Putsch des Kaisers gelungen, so hätte einige Tage später zwiefellos in München das Königreich mit Kuprecht proklamiert werden sollen. Dies hätte eine Trennung von Preußen bedeutet. Die Einzelheiten des Projekts dürften mit allen Belegen in kurzer Zeit der Öffentlichkeit übergeben werden. Auch werde man Beweissätze über die Doppelrolle erbringen, die der österreichische Bundeskanzler Dr. Mayr hierbei spielte, der ein Interesse daran hatte, die Abreise des Kaisers Karl aus Ungarn zu verhindern. Das Misstrauen des Putschs habe auch von Österreich ein großes Unglück abgewendet.

Ein Minister-Rücktritt.

Wien, 5. April. Der österreichische Minister des Innern, Glanz, ist heute zurückgetreten. Sein Rücktritt ist auf die Angriffe der Sozialdemokraten wegen seiner Stellung zur Restaurationsfrage in Ungarn zurückzuführen. Glanz soll mit den Monarchisten eine Fühlung unterhalten haben.

Eine andre Meldung sagt über den Grund des Rücktritts, dass Glanz es nicht mit seinem Taktgefühl habe vereinbaren können, dass der Bundeskanzler Mayr die Kontrolle des Salonwagens, der Karl durch Österreich befördert, durch sozialdemokratische Vertrauensmänner zugestand. Es sind übrigens auch christlich-sociale Vertreter mitgesunken.

Eine Interpellation im Schweizer Parlament.

Bern, 4. April. Das schweizerische Parlament begann heute abend die ordentliche Frühjahrsession, die voraussichtlich 14 Tage dauern wird. Erstmals Bern brachte zusammen mit andern Sozialisten eine Interpellation über die monarchistischen Umtreiber der Habsburger in der Schweiz, die Vorgänge auf der Osterreiche des ehemaligen Kaisers Karl und die Bedingungen für die Rückkehr in die Schweiz ein.

Höhe amerikanische Wiedergutmachungsforderungen.

Berlin, 6. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Frankfurt a. Main: Bloß war man der Ansicht, dass die amerikanische Forderung für das in den Vereinigten Staaten beschlagnahmte deutsche Eigentum nur einen Bruchteil des letzteren ausmachen werde. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, übersteigen jedoch die amerikanischen Ansprüche die deutschen. Die amerikanische Regierung fordert 80 Millionen Dollar, Versicherungsgeellschaften 85 Millionen Dollar, Amerikaner in Deutschland 191 Millionen und sonstige Anspruchsberechtigte 221 Millionen. Da beim amerikanischen Staatsdepartement immer noch neue Forderungen eintreffen, mag sich der Gesamtbetrag schließlich auf etwa 800 Millionen Dollar (etwa 50 Milliarden Papiermark! D. Red.) belaufen.

Um nur einen Bruchteil des letzteren ausmachen werde. Wie die Frankfurter Zeitung meldet, übersteigen jedoch die amerikanischen Ansprüche die deutschen. Die amerikanische Regierung fordert 80 Millionen Dollar, Versicherungsgeellschaften 85 Millionen Dollar, Amerikaner in Deutschland 191 Millionen und sonstige Anspruchsberechtigte 221 Millionen. Da beim amerikanischen Staatsdepartement immer noch neue Forderungen eintreffen, mag sich der Gesamtbetrag schließlich auf etwa 800 Millionen Dollar (etwa 50 Milliarden Papiermark! D. Red.) belaufen.

Amerika wird einen Sonderfrieden schließen

Paris, 5. April. Nach Chicago Tribune habe der französische Sondergesandte Viviani die Hoffnung ausgesprochen, die Vereinigten Staaten zur Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles und zum Beitritt zum Völkerbund zu bewegen. Viviani scheine überzeugt zu sein, dass die Regierung Harding den Frieden mit Deutschland auf dem Wege der Resolution Knob herzustellen beabsichtige.

Paris, 5. April. Nach einer Rundschau aus Washington wird noch bestätigt, dass Präsident Harding die Einholung der Entscheidung Knob gefordert hat. Sie werde im Laufe der kommenden Woche sofort nach Eröffnung des Kongresses eingebrochen werden.

Über die Resolution des republikanischen Senators Knob, die die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland vorschlägt, wird noch gemeldet, dass sie eine Zusatzklausel enthalten wird, doch, wenn der Zivilisation aufs neue eine Gefahr drohe, wie im Jahre 1914, die Vereinigten Staaten sich sofort bedroht fühlen und mit allen Ländern, die sich in Gefahr befinden, in Verbindung setzen würden. Damit soll den französischen Wünschen etwas entgegengesetzt werden, die jedoch in der wichtigsten Frage, der Reparationspflicht Deutschlands, anscheinend unberücksichtigt bleiben werden.

Das Friedensprogramm Amerikas.

U.L. London, 6. April. (Voss. Sig.) Gelegentlich eines Besprechens, das im Hause des Senators Mac Cormick zu Ehren Vivianis stattfand, wurde dieser offiziell informiert, dass die Regierung durch einen Kongressbeschluss den noch bestehenden Kriegszustand mit Deutschland zu beenden beabsichtige. Man gab Viviani gleichzeitig zu verstehen, dass es zwecklos sei, Amerikas Eintritt in den Völkerbund überhaupt zu diskutieren, da die Regierung der Vereinigten Staaten nicht beabsichtige, Mitglied des Völkerbundes zu werden. Schließlich teilten die Anwesenden, unter denen sich fast alle Mitglieder des politischen Ausschusses des Senats befanden, Viviani mit, dass seitens der Regierung nicht beabsichtigt sei, Deutschland gegenwärtig zu Hilfe zu kommen, namentlich hinsichtlich der Friedensverpflichtungen und der Kriegsschädigung.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune kann das Programm der Regierung bezüglich des Friedens mit Deutschland und die Aufrechterhaltung des Weltfriedens folgendermaßen zusammengefasst werden:

1. Verwerfung des Vertrags von Versailles mit Einschluss des Völkerbundspaktes.

2. Annahme der Entscheidung Knob, die den Friedenszustand mit Deutschland wiederherstellt.

3. Sonderverhandlungen über einen mit Deutschland zu schließenden Vertrag, der die Festsitzung der Südsüd, die Beantwortung der Beschwerden und endlich die Lösung der sich aus dem Kriege ergebenden Fragen zum Zwecke hat.

4. Da die Entscheidung Knob wird eine Erklärung eingefügt, dass Amerika mit den Hauptstaaten ehemaligen kriegsführenden Ländern zum Zwecke einer gemeinsamen Bekämpfung zusammenarbeiten wird, falls der Friedensvertrag durch eine Macht oder durch eine Vereinigung von Mächten bedroht werde.

5. Abgabe einer Sondererklärung, die bestätigt, dass die Vereinigten Staaten mit den Alliierten der Kultak sind, dass Deutschland die Verantwortung am Kriege trägt und dass Deutschland daher in den Grenzen der Möglichkeit voll Wiedergutmachung zu leisten hat.

6. Verhandlungen mit England und Japan zum Zwecke einer Vereinigung der Ostseestaaten.

7. Den übrigen Mächten sollen Vorschläge zur Gründung einer Vereinigung von Nationen unterbreitet werden, die den Frieden der Welt sichern soll und der sich die Vereinigten Staaten getreu ihrer traditionellen Politik anschließen können, ohne jedoch geweckt zu sein, sich in die inneren europäischen Angelegenheiten einzumischen. Die Statuten dieser Vereinigung sollen Amerika volle Handlungsfreiheit gewährleisten.

Unausgeglichene Reparationsverhandlungen.

Paris, 4. April. Am 31. März hat wiederum eine Besprechung der deutschen Delegation mit der Reparationskommission stattgefunden. Gegenstand der Besprechung war die Art der Berechnung von Familiennunterstützungen, die Deutschland auf Grund der Bestimmungen in Jiff 7 Anhang 1 zu Teil 8 des Friedensvertrages zur Last fallen. Die deutsche Delegation erklärt, dass Deutschland nur verpflichtet ist, für Unterstüzung Schadensersatz zu leisten, die den Familien der mobilierten Truppen vor dem Waffenstillstand vom 9. November ausgeschüttet worden sind, und sagt, dass der in Frankreich geltende Durchschnittstarif, von dem im Friedensvertrag die Rede ist, als Höchstarif für die verschiedenen Mächte gelte und nicht als Durchschnittstarif. Die Reparationskommission verfügt zur Zeit diese Frage und wird demnächst ihre endgültigen Beschlüsse fassen.

Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands.

Dritter Verhandlungstag.

Den Verhandlungen des dritten Tages wohnten die Kommunisten nicht mehr bei. Sie halten nach der Entscheidung des zweiten Tages, die mit der Ablehnung der Mosauer Bedingungen geendet hatte, den Sitzungssaal verlassen und eine Sondertagung anberaumt, in der die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei in Großbritannien beschlossen wurde.

Der Tag begann mit einer Begrüßungsrede des Genossen Lebedow, der als Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Konferenz bewohnt. Genosse Lebedow verwies auf die gemeinsame Idee, die die unabhängige Arbeiterpartei Englands und die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands teilt und gab der Hoffnung Ausdruck, dass beide Parteien zusammenwirken werden, um die Arbeitstände, unter denen wir leben, zu verbessern. Die Zeit ist vorbei, wo man der sogenannten hohen Politik die Vorbereitung für ein gegenseitiges Abschließen überließ. In einer Kennzeichnung der politischen Auseinandersetzungen und Grundsätze der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands lagte er, doch zwar die Sozialisten aller Länder die Abschaffung des Kapitalistischen Systems erstritten, doch aber die Methoden zur Errichtung dieses Ziels von dem Temperament, der Tradition und der historischen Entwicklung in jedem Lande.

„Doch ist es unrichtig und lächerlich für die sozialistische Bewegung eines Landes, ihre eigenen Methoden und ihre Grundsätze anderen aufzwingen zu wollen. Die Reputation in England, von der einzelne Delegierte gesprochen haben, ist meines Erachtens unrichtig. Zum Schluss erklärte Lebedow, dass die in Wien neugegründete Internationale sozialistische Arbeitsgemeinschaft nicht den Anspruch für sich erhebe, eine Internationale zu sein, aber sie werde den Weg für eine Internationale der Zukunft ebnen.“

Dann wandte sich die Debatte dem Bericht der parlamentarischen Gruppe zu, der von Tom Myers erstattet wurde. Er er-

klärte, wenn die Erfolge im Parlament begrenzt waren, so sei dies auf die geringe Stärke der Parlamentsgruppe zurückzuführen.

Oberst Wedgewood, ebenfalls Mitglied des Unterhauses, hält es im Interesse der parlamentarischen Tätigkeit geboten, dass die Abgeordneten der Unabh. Arbeiterpartei Antreie einbringen und Anfragen an die Regierung richten können, ohne vorher den Vorstand der allgemeinen Arbeiterpartei, in der die Unabhängige Arbeiterpartei nur der linke Flügel ist, gefragt zu haben. Die gegenwärtige Methode würde lämmen und komplexe Abgeordneten zu Abstimmungspolitikern. Diese Angelegenheit sollte auch der Konferenz der allgemeinen Arbeiterpartei zur Entscheidung vorgelegt werden.

Ernest Hunter begründete eine Resolution, durch die die Haltung der allgemeinen Arbeiterpartei bei der 2. Sitzung der Wiederaufmachungsfrage verfehlt (die Arbeiterpartei hatte dieser Vorlage nicht opponiert), die Begeisterung einzelner Abgeordneter gebilligt und die Delegierten der Unabhängigen Arbeiterpartei aufgefordert werden, die Angelegenheit auf der Konferenz der Arbeiterpartei in Brighton zur Sprache zu bringen.

Die Resolution Hunter sowie eine zweite, die gegen die angekündigte zehnprozentige Mindestserhöhung in einer Periode der Arbeitslosigkeit und der Not protestiert, wurden angenommen.

Zu einer kurzen Debatte führte die Vorlage eines neuen Programms. Da aber durch die Entscheidungen des gestrigen Tages und das Ausbleiben der Kommunisten die Situation eine andere geworden ist, wurde der Programmuntersatz zurückgezogen bis zur nächsten Jahrestagkonferenz.

Resolutionen.

Angenommen wurden Resolutionen, die den Militarisimus verurteilen und sich für eine internationale Zusammenarbeit der Arbeiterklasse und für den Sozialismus ausspielen;

die Arbeitslosigkeit als eine Folgeerscheinung des kapitalistischen Systems und dessen Unfähigkeit, Produktion und Distribution der Lebensbedürfnisse zu regulieren, bereichern;

die Politik der Regierung in Irland zu unterscheiden und die Arbeiter zu einem ähnlichen Schritt aufzurufen wie im August letzten Jahres in bezug auf die Regierungspolitik gegenüber Irland.

Wie auf der Konferenz festgestellt wurde, beträgt die Zahl der Mitglieder, die sich den Mosauern angegeschlossen haben, höchstens tausend.

Eine neue Ministerkrise in Polen.

O. E. Warschau, 4. April. Der polnische Finanzminister Steczowski hat seine Rücktrittsbefreiung verweigert und bereits am Sonnabend seine Resignation eingereicht, deren Erledigung sich indessen verzögert, da der Ministerpräsident Witos augenscheinlich auf der Krakauer Tagung der Polnischen Volkspartei weilt. Das übrigens auch Witos selber nunmehr mit seinem älteren angekündigten Rücktritt Ernst machen wollte, meldet heute das Krakauer Organ der Volkspartei Witold. Danach warten Witos und sein Parteifreund der Kultusminister Natal, lediglich die Entscheidung des Obersten Rates in der oberösterreichischen Frage ab, worauf sie demissionieren wollen, um freie Hand in dem für den Sommer erwarteten heftigen Wahlkampf zum neuen Sejm zu erhalten. Endlich nehmen noch die Angriffe gegen den Außenminister Sapieha in leichter Zeit überhand, der von den Sozialisten und vom linken Zentrum fortgelebt als der unschärfste aller gegenwärtigen politischen Minister bezeichnet wird. Auch verschiedene Jugendverbände, die Sapieha zur Besänftigung dieser Gruppen bei den soeben zahlreich erfolgten diplomatischen Neuverhandlungen gemacht hat und die eine Jurisdiktion der Aristokratie bedeuten, haben ihm keine bessere Stellung erlaubt. Da die Rechte ihn jedoch unterstützt, kann sein Rücktritt vor den Neuwahlen zum Sejm parlamentarisch nicht erzwungen werden.

O. E. Warschau, 5. April. In hiesigen politischen Kreisen wird versichert, dass an maßgebender Stelle die Regierung besteht, den Finanzminister Steczowski zu einer Verlagerung seines Rücktritts zu bewegen, da der Ministerpräsident Witos ohnehin entschlossen ist, einen Gesamttritt seines Kabinetts vorzuschlagen. Ob nunach eine Rekonstruktion des Kabinetts unter Witos oder eine vollständige Neubildung der Regierung erfolgen wird, ist zur Zeit noch ungewiss. Falls es zu einer gänzlichen Neubildung des Kabinetts kommt, so würden vermutlich die Rechtsparteien darin die Führung übernehmen müssen.

Prüfung des oberösterreichischen Abstimmungs-ergebnisses.

Paris, 6. April. Das Journal teilt mit, dass die interalliierte Volksabstimmungskommission in Oberösterreich erst nach dem 15. April dazu kommen werde, mit der Ausarbeitung der Grenzlinie zu beginnen. Augenblicklich prüft man Gemeinde für Gemeinde das Volksabstimmungsergebnis nach.

Bon Bon und Fern.

Brand in einer Munitionsfabrik.

Magdeburg, 5. April. Die Magdeburgische Zeitung meldet: In einer Pulver- und Munitionsfabrik in Burg bei Magdeburg entstand gestern ein großer Brand, der in späten Abendstunden noch nicht gelöscht war. Durch den Brand explodierten zahlreiche Granaten. Bissher wurden drei Tote festgestellt. In das städtische Krankenhaus wurden vier Schwerverletzte eingeliefert. Doch wird die Zahl der Toten und Verletzen weit höher geschätzt.

T.U. Berlin, 6. April. Dienstag nachmittags versuchten zwei Männer den Wagen des Postamtes in der Kronen- und in der Taubenstraße verkehrenden Paketwagen auf offener Straße zu überfallen. Der Kriminalpolizei, die von dem Blane unterrichtet war, gelang es, die Täter bei der Arbeit zu verhaften. Es handelt sich um den Drehen Kessel, der früher Angestellter des Amtes gewesen war, und den Metallarbeiter Schulz. Beide waren arbeitslos und auf den Blane gekommen, den Paketwagen zu überwältigen, weil Kessel von seiner Dienstzeit her noch einen Schlüssel zu dem Wagen besaß.

Schweres Erdbeben in Frankreich.

Paris, 5. April. Nach einer Platin-Meldung aus Marseille sind in einer Kohlegrube in Trets in der Gemeinde Robiac im Departement Gard 14 Bergleute durch schlagende Wetter getötet worden.

Riesenbrand in Manila. D.U. Manila, 5. April. Den Blättern wird aus Manila (Philippinen) gedichtet: Hier ist in der letzten Nacht ein ungeheure Brand ausgebrochen, durch den 3000 Häuser im Gebiet der Stadt zerstört wurden. 15 000 Menschen sind ohne Dach, auch sind zahlreiche Menschenleben zu beklagen.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleischer in Leipzig. Verantwortlich für den Justizteil: Friedrich Piller, Borsdorf Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdrucker "Fränkische Post"

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 8. April.

Parteiangelegenheiten.

Ortsvereinsvorstände!

Die heute zugehenden Handzettel sind für die Betriebe bestimmt.

Alt-Leipzig, Bezirk Süden. Mittwoch, den 6. April, abends 8 Uhr, Funktionärsitzung im Volkshaus, Café Mitte.

Funktionäre, Auer. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, wichtige Sitzung im Auer-Schlösschen.

Funktionäre von Cotta. Die Genossen und Genossinnen werden erachtet, sich heute Abend 7 Uhr, in der Volkszeitungsküche das Material abzuholen.

Thonberg-Reinhardt, Weltstädter. Freitag, abends 1/2 Uhr, in der Bibliothek. Turenkarten mitbringen.

Ortsverein Taucha. Morgen, abends 1/2 Uhr, Fortsetzung des Kursus Brauchtum über Nationalökonomie. Thema: Kapital und Arbeit.

Die Kurie Ripping, Jenzien und Dr. Simon fallen Donnerstag den 7. April aus.

Kursus 18, Sozialpolitik heute, abends 1/2 Uhr, Restaurant Weimann, Rathausstraße 9.

Kursus Jenzien, Proletarische Agitationsfragen, heute, abends 1/2 Uhr, Käfflers Festhalle. Gewerkschaftsküche Leipzig.

Die neue Gestaltung des Reichseinkommen-Steuergeges.

(Auschnitten und aufbewahren.)

Am letzten Tage vor den Osterferien hat der Reichstag die neue Novelle zum Reichseinkommensteuergeges endgültig verabschiedet.

Das neue Gesetz hat für seine wichtigsten Bestimmungen, und das augenscheinlich die, wo es sich um die Feststellung der für das Rechnungsjahr 1920, also für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 1. April 1921 zu zahlenden Steuersummen handelt, auch die wichtigste Kraft.

Diese für die letzten verflossenen 12 Monate zu zahlende Steuer wird nach dem Einkommen berechnet, welches der Steuerpflichtige im vorangegangenen Kalenderjahr, also in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 1. Januar 1921 hatte.

Für den einfachen Fall, das heißt für den des Arbeiters ohne Haus und Hof, ohne Geschäft und ohne Kapitalvermögen, sind dabei noch folgende wichtigeren Punkte von Bedeutung?

Bei der Ermittlung der Jahressteuer summe wird auch der Verdienst aus Nebenschichten und Nebenkunden mitgerechnet. Auch die Nebenkunden, wie Prozentgelder, Haustagsgeld, Kindergeld und ähnliches genießen keine Steuerfreiheit. Dem Verdienst werden auch die Unfalls-, Knappheits- und ähnliche Zivilrenten noch hinzugeschrieben.

Steuerfrei sind aber alle Militärtanten nebst deren Zuglagenten, soweit sie zusammen jährlich den Betrag von 8000 M. nicht übersteigen; außerdem sind die Bezieher der Steuerpflichtigen aus den Krankenkassen steuerfrei.

Bei der Veranlagung wird das Einkommen der Ehegatten zusammengezählt. Bezieht aber die Ehefrau Arbeitsentnahmen, Beschäftigung in einem dem Ehemann fremden Betriebe, so wird sie mit diesem Einkommen selbstständig zur Einkommensteuer veranlagt. Auch das Einkommen des zur Haushaltung eines Steuerpflichtigen gehörigen minderjährigen Kindes wird dem steuerpflichtigen Haushaltungsvorstand zugerechnet. Bezieht aber das minderjährige Kind Arbeitseinkommen, so ist es selbstständig zur Einkommensteuer zu veranlagen.

Abzug. Als solche kommen zunächst die Zwangsklassenbeiträge und die Abzüge für Handwerkszeug in Betracht. Ferner die Werbungskosten. Letztere sind Ausgaben zur Sicherung und Erhaltung des Dienstes, und zu ihnen gehören auch die Mehraufwendungen für den Haushalt, die durch eine Erwerbstätigkeit der Ehefrau notwendig geworden sind, weiter das Fahrgeld für nach der Arbeitsstelle, Fahrrad-Reparaturkosten und Ausgaben für Arbeitskleidung. Für Arbeitskleidung werden augenscheinlich bei jedem Verschleiß 1000 M., bei geringerem Verschleiß 600 Mark gerechnet.

Weiter kann der Steuerpflichtige die Beiträge, die er für sich und seine nicht selbstständig veranlagten Haushaltungsgeschäfte zu privaten Lebens- und Sterbehilfeversicherungskassen zahlt, geltend machen.

Die Beiträge zu den gewerkschaftlichen Organisationen (Arbeiterverbänden) sind bis auf den letzten Pfennig abzuziehen. Ferner können die Beiträge für dieselben Vereinigungen, die ausschließlich wissenschaftliche, künstlerische, kirchliche, mildtätige und gemeinnützige Zwecke verfolgen, soweit sie 10 Prozent des Einkommens des Steuerpflichtigen nicht übersteigen, abgezogen werden.

Die Beiträge zu politischen Vereinigungen sind nur noch für das Jahr 1920 abzugsfähig.

Vorliegende Abzüge müssen, wo sie vorhanden und glaubhaft nachgewiesen sind, anerkannt werden.

Der Laugenichts.

Von Anton Tschekow.

XVIII.

Bald darauf waren wir auf der Straße. Ich hüßte meine Schwester in meinen Mantel; wie gingen schnell, wärmsten Gäßchen, in denen keine Laternen brannten, und wichen jeder Begegnung aus, wie wenn wir auf der Flucht wären. Sie weinte nicht mehr und blickte mich mit trocknen Augen an. Bis zur Vorstadt Malarica, wohin ich sie führte, waren kaum zwanzig Minuten, und doch genügte uns diese kurze Zeit, um uns unseres ganzen Lebens zu erinnern, alles zu besprechen, unsere Lage zu überdenken und Pläne zu fassen...

Wir waren uns einig, daß wir in dieser Stadt nicht längerbleiben durften und, sobald ich etwas Geld verdient haben würde, an irgendeinen anderen Ort ziehen müßten. In den einen Häusern schlief man schon, in den anderen spielte man noch Kartenspielen; wir hielten diese Häuser, wie flüchteten sie und sprachen vom Fanatismus, der Herzstohlt und der Nichtswürdigkeit dieser geachten Familien, dieser Liebhaber der Theaterkunst, denen wir solche Angst gemacht hatten, und ich fragte mich, worin diese dummen, grausamen, faulen, ehrlosen Menschen besser seien als die betrunkenen und abergläubischen Bauern von Kuriklowka oder als die Tiere, die ja auch unruhig werden, wenn irgendwie die Eintönigkeit ihres von den Institutionen beschrankten Lebens stört. Was wäre jetzt wohl mit meiner Schwester, wenn sie zu Hause bliebe? Was sitzt furchtbare moralische Leiden hätte sie zu erdulden, wenn sie mit dem Vater sprechen und jeden Tag mit Bekannten zusammenkommen müßte! Während ich mir dies überlegte, kamen mir verschiedene Menschen in Erinnerung, die von ihren nächsten Verwandten langsam hingemordet worden waren, alle die zu Tode gequälten, verkrüppelten gewordenen Hunde die bei lebendigem Leibe von den Jungen gerupft und ins Wasser geworfenen Spatzen, — und die ganze unendliche Reihe schlimmer, langamer Leidens, die ich in dieser Stadt ununterbrochen, seit meiner frühesten Kindheit beobachtet hatte; und ich

konnte auch besondere wirtschaftliche Verhältnisse, die die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigen, berücksichtigt werden, sofern das steuerbare Einkommen unter 30000 M. bleibt.

Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, durch Verpflichtung zum Unterhalte mittelloscher Angehöriger, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung oder Unglücksfälle.

Die von dem nach Abrechnung der vorstehend aufgezählten und etwa sonst noch in Betracht kommenden Abzüge verbliebenen Einkommen zu berechnende Einkommensteuer ermäßigt sich für das Steuerjahr 1920 für den Steuerpflichtigen und jedes zu seiner Haushaltung zählende Kind, welches wegen Sehens einen Verdienst noch nicht selbstständig zu veranlagen ist, pro Kopf um 120 M.

Für 1921 und für die folgenden Jahre gelten die 120 M. für Mann und Frau weiter. Dagegen beträgt 1921 und später der Abzug für jedes darüberige Kind bei den steuerbaren Einkommen unter 24000 M. nicht bloß 120, sondern 180 M.

Die Einkommensteuer beträgt: für die ersten angefangenen und vollen 24000 M. steuerbaren Einkommens 10 Prozent, für die weiteren angefangenen und vollen 6000 M. steuerbaren Einkommens 20 Prozent und geht dann, je höher die Einkommen werden, auch in den Prozentsätzen schließlich bis bei über 200000 M. steuerbaren Einkommens auf 60 Prozent hinauf.

Für die Arbeiterschaft kommen bestensfalls nur die Prozentabzüge bis zu 30000 M. in Frage und danach und nach den

hätte also bei 16000 M. Einkommen im Jahre 1920 als gesamte Steuerpflicht für das Steuerjahr 1920 1470 M. weniger 600 M. = 870 M. zu zahlen. Die Lohnabzüge sind in der Zeit vom 1. Juli 1920 bis 1. April 1921 9 × 100 M. = 900 M. erhalten worden. Bei unserem Durchschnittsbispiel haben also die Lohnabzüge die zu zahlende Steuersumme vollständig erreicht, noch um eine Kleinigkeit überschritten und die Überschreitung muß dem Steuerpflichtigen erfaßt werden, wie ungefähr zweite Reste vom Steuerpflichtigen nachzuzählen sind.

Der Vorschlag, von den Steuern des Jahres 1920 mit 75 Prozent einzuziehen, ist, weil die Steuertabelle des alten Gesetzes vollständig umgeworfen wurde, gesunken, unser Beispiel also richtig und möggebend.

Die Novelle hat nicht nur eine Reihe der wichtigsten Bestimmungen, welche für die Berechnung der Jahressteuersumme maßgebend sind, geändert, sondern auch die Bestimmungen über den Lohnabzug. Die Lohnabzüge bleiben wie bisher immer wieder nur Ratenzahlungen auf die nach Ablauf des Kalenderjahres festzusetzende Jahressteuersumme.

Bei den Lohnabzügen oder Ratenzahlungen sollen ab 1. April 1921 abzugreifen bleiben:

- im Falle der Berechnung des Arbeitslohnes nach Tagen für Mann und Frau 4 M. und für jedes mitzuhaltende Kind 6 M. täglich;
- im Falle der Berechnung nach Wochen für Mann und Frau 24 M. und für jedes mitzuhaltende Kind 6 M.;
- im Falle der Berechnung nach Monaten für Mann und Frau 100 M. und für jedes mitzuhaltende Kind 150 M.

Siedlung im Osten Leipzigs.

Uns wird geschehen: Unter dieser Überschrift erscheint vor allem in einigen Tageszeitungen eine Anzeige, in welcher vom Gartenverein Mariannen-Gärten e. V. zu Leipzig-Schönes Land zu Siedlungszwecken zum Kauf angeboten wurde. Das Land liegt am Wege nach Paunsdorf, rechts der Tauchaer Chaussee. Nach eingezogenen Erfundungen muß man zu der Überzeugung kommen, daß es im öffentlichen Interesse liegt, auf das eigentümliche Gebaren des Vereins aufmerksam zu machen. Bei näherer Prüfung der Verhältnisse muß jedem Unbefangenen die Durchführbarkeit des Projektes unabschätzbar erscheinen. Nach dem vom Verein herausgegebenen Bedingungen wird das Land in Parzellen von 200 Quadratmetern Größe geteilt. Ein Quadratmeter kostet 8 M., dazu kommen noch unverbindlicher Schätzung für Einfriedung, Wasserbeschaffung usw. 6 M., so daß ein Quadratmeter auf 13 M. Kaufpreis zu stehen kommt. Das Land ist als Garten einzurichten, kann mit sogenannten Wohnlauben bebaut werden, bleibt jedoch trotz des hohen Kaufpreises Eigentum des Vereins Mariannen-Gärten. Beweis: Als Besitzer wird nicht der einzelne Käufer, sondern ist der Verein im Grundbuche eingetragen worden. Kleine Leute können hier nicht erlaubt, auf das Projekt einzugehen, denn ein 400 Quadratmeter großes Stück Land — und soviel ist mindestens erforderlich — kostet die ansehnliche Summe von 5200 M., immer vorausgesetzt, daß der Beitrag für Einfriedung usw. nicht noch höher wird. Selbstverständlich ist ein Streit für Wege fastenlos dem Verein zu überlassen. Auch die Erleichterungen, die bei Zahlung der Kaufsumme gewährt werden können, sind für den kleinen Mann unannehmbar und doch soll nach dem Plane dieser Menschenfreude der Nutzen des Unternehmens den sogenannten kleinen Leuten zugute kommen. Wenn soll es bei den jetzigen teuren Zeiten möglich sein, für 400 Quadratmeter Land wöchentlich 20 Mark oder monatlich 100 M. oder vierteljährlich 300 M. abzuzahlen? Bekannt ist ferner, daß bereits seit dem Jahre 1913 ein Bebauungsplan vom Rat festgestellt worden ist. Wenn das Land also später einmal der Bebauung erschlossen wird, ist es zum mindesten wahrscheinlich, daß für Straßen und Plätze unentgeltlich Land abgegeben werden muss. Außerdem entpricht das Projekt ganz und gar nicht dem gemeinschaftlichen Recht der Schrebervereine, deren Aufgabe es ist, Klein-Gärtnern billiges Privatland zu verschaffen. Bei dem beabsichtigten Projekt wird aber gerade das Gegenteil erreicht, nämlich eine ungeheure Versteuerung. Jetzt wird das Land seit Jahren von kleinen Leuten — meistens Beamten — gärtnerisch bewirtschaftet. Der Kaufpreis beträgt je Quadratmeter 10 Pfg. Wer gibt dem Verein Mariannen-Gärten, der über den Kopf der Büdner hinaus das ganze Areal kaufte, das Recht, mit dem Grund und Boden vertraglich zu wuchern? Wer gibt dem Verein ferner das Recht, trotz Kleinlandpachtordnung, den Verlust zu tragen, die jahngärtner herunterzutreiben? Geraten wird jedem, der auf das Projekt eingehen will, vorher eingehend zu prüfen, ob er imstande ist, die zu übernehmenden Verpflichtungen auch zu erfüllen.

Die Leipziger Messebauprojekte.

In einem Bildbündelvortrag, der gestern abend in einer von der Welthandels-Volks-A.-G. veranstalteten Versammlung gehalten wurde, wurde ferner als vier Messebauprojekte zur Erörterung. Der Messeturn soll tatsächlich 32 Stock hoch sein; er sollte in der Nähe des Schwanenteichs errichtet werden. Doch Not und Stadtvorordnete sind dafür nicht zu haben gewesen. (Wie in der Ansprache mitgeteilt wurde, ist der Not um die Sache noch einig-

Übrigen vorstehenden Ausführungen stellt sich die Steuerpflicht einer Arbeiterfamilie für die Zeit vom 1. April 1920 bis 1. April 1921 beispielswise wie folgt:

Verdient wurden in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 1. Januar 1921	16000 M.
Davon ab:	
für Arbeitskleidung	1000 M.
für Verbandsbeiträge	156
	bleiben 14784 M.

die auf volle Hundert nach unten, also auf 14700 M. abgerundet werden. Hierzu sind 10 Prozent = 1470 M. Steuern zu zahlen.

Ist dieser Steuerpflichtige ledig, dann werden von den 1470 Mark nur einmal 120 M. abgezogen. Ist er verheiratet, dann erhält er zweimal 120 M. und hat er nichts verdienende Kinder in seinem Haushalt zu unterhalten, dann erhält er für jedes einzelne dieser Kinder nochmal 120 M. von der Steuersumme abgeschrieben.

Nehmen wir an, bei dem obigen Beispiel seien Mann, Frau und drei Kinder vorhanden, dann würden 5 × 120 M. = 600 Mark von der Steuersumme abzuziehen sein. Die Arbeiterfamilie

konnte wieder nicht begreifen, wovon diese sechzigtausend Menschen lebten, wozu sie beteten, wozu sie die Evangelien und wozu sie Bilder und Zeitschriften lasen. Was hat ihnen das alles genützt, was bisher geschrieben und gesprochen worden ist, wenn in ihren Seelen noch immer dieselbe Finsternis herrscht und der selbe Hass gegen jede Freiheit wie vor hundert und vor dreihundert Jahren? Der Baumeister baut sein Leben lang Häuser in der Stadt und sagt dabei bis zu seinem Tode statt „Galerie“ — „Galerie“; ebenso leben und hören diese sechzigtausend Menschen seit Generationen so viel von Wahrheit, Barmherzigkeit und Freiheit und doch liegen sie bis zu ihrem Tode vom Morgen bis zum Abend und quälen einander; die Freiheit aber fürchten und hassen sie wie ihren Feind.

„Mein Schildhal ist also entschieden,“ sagte meine Schwester, als wir am Ziel waren. „Nach dem, was geschehen, kann ich nicht mehr nach Hause zurückkehren. Mein Gott, wie gut das ist! Wie leicht ist es mir ums Herz!“

Sie legte sich sofort ins Bett. Zu ihren Wimpern glänzten Tränen, aber ihr Gesicht strahlte vor Glück; sie schloß fest und süß und lachend so aus, als wäre es ihr leicht uns Herz uns als ruhte sie aus. Lange hatte sie nicht mehr so geschlafen.

„Künst lebten wir zusammen. Sie sang immer und sagte, daß sie sehr wohl fühle. Die Bücher, die wir aus der Bibliothek entliehen, trug ich ungern zurück, da sie nicht mehr lesen konnten; sie wollte nur noch von der Zukunft träumen und sprechen. Wenn sie meine Wäsche stellte oder der Karpowna beim Kochen half, rätselte sie vor sich hin oder sprach von ihrem Wladimir, von seiner Klugheit, von seinen wunderbaren Manieren, seiner Güte und seiner ungewöhnlichen Bildung, und ich summte ihr zu, obwohl ich den Doktor nicht mehr liebte. Sie wollte arbeiten, selbstständig, für eigene Fleckchen leben und nahm sich vor, Lehrerin oder Krankenpflegerin zu werden, sobald es ihre Gesundheit erlaubte; sie wollte auch selbst die Fußböden scheren und Wäschewaschen. Sie liebte ihr Kind leidenschaftlich; es war noch nicht aus der Welt, aber sie wußte schon, was für Augen, was für Hände es haben und wie es lachen würde. Sie sprach gerne von Er-

ziehung, und da sie ihren Wladimir für den besten Menschen auf der ganzen Welt hielt, so ließen alle ihre Beobachtungen daran hinaus, daß das Kind ebenso bezaubernd werden sollte wie sein Vater. Alle diese Gespräche wollten sein Ende nehmen, und alles, was sie sagte, weckte in ihr lebhaft lebhafte Freude. Manchmal freute ich mich auch, ohne recht zu wissen, vorüber.

Sie hatte mich wohl mit ihren irremischen Stimmungen angestellt; an Abenden ging ich trotz der Müdigkeit, die Hände in den Taschen, in mein Zimmer auf und ab und sprach von Mascha.

„Wie denkt du wohl,“ fragte ich meine Schwester, „wann kehrt sie zurück? Ich glaube, sie wird zu Weihnachten zurückkehren, wohl kaum später. Was hat sie auch in Petersburg zu tun?“

„Wenn sie dir nicht schreibt, so wird sie offenbar bald kommen.“

„Das ist wahr,“ stimmte ich ihr bei, obwohl ich sehr gut wußte, daß Mascha gar keine Ursache hatte, in unsere Stadt zurückzukehren.

Ich schaute mich sehr nach ihr; und da ich mich selbst nicht mehr betrügen konnte, wollte ich von den anderen betrogen werden. Meine Schwester wartete auf ihren Doktor, und ich auf Mascha, wir sprachen unaufhörlich, wir lachten und merkten gar nicht, daß wir die Karpowna nicht einschlafen ließen, die auf ihrem Dienst lag und immer murmelte:

„Der Samowar hat heute frisch gebrummt! Das bedeutet nichts Gutes, meine Lieben, nichts Gutes!“

„Sie kam niemand an der Briefträger, der der Schwester Briefe von ihrem Doktor brachte, und Protosij, der manchmal abends zu uns hereinkam, meine Schwester summte auf und nachher in der Küche lachte:“

„Jeder Stand soll seine Wissenschaft kennen, wer sie aber ans Hochamt nicht kennen will, dem ist das Leben ein Jammerthal.“

Er liebte das Wort „Jammerthal“. Als ich einmal — es war schon kurz vor Weihnachten — durch den Markt ging, rief er mich in seinen Fleischladen herein und erklärte, ohne mir die Hand zu

die Kommunisten erhoben. (Zuruf von rechts: Mit Recht!) Ich stelle hier fest, daß diese Kommunisten ein Teil derjenigen sind, die das Zustandekommen dieser Regierung ermöglicht haben. (Der Präsident rügt es, daß Abg. Siewert nicht zur Geschäftsausordnung spricht.) Ich beantrage, daß die heutige Geschäftsausordnung etwas geändert wird. In bürgerlichen Blättern wird über die gegenwärtige Situation so schnell wie möglich eine Aussprache gewünscht. Wir kommen diesem bürgerlichen Wunsche entgegen. (Ironische Heiterkeit.) Wir wünschen Klarheit zu schaffen, wo die Verbrecher sitzen, die an dem Unheil schuld sind. (Großer Lärm, Zurufe: Unpersönlichkeit! Die weiteren Ausführungen sind wegen der herrschenden Unruhe unverständlich.) Der Redner bemerkt, daß er seinen Geschäftsausordnungsantrag begründen müsse.) Man hat uns derart schwere Vorwürfe gemacht, daß wir diese nicht auf uns läsen lassen können. Als der Redner von verbrecherlichem Treiben der Agenten der Regierung spricht, wird ihm Freiheit augerufen. Der Präsident verucht, ihn durch andauerndes Klopfen mit dem Hammer zur Ruhe zu bringen. Als der Redner immer noch weiter spricht, verlassen die Bürgerlichen und ein Teil der Rechtssozialisten den Saal. Abg. Siewert verliest dann folgenden Antrag:

Im Leunawerk werden sächsische Arbeiter unter schweren Misshandlungen durch Hörsinggruppen und Spieß aufgehalten. Todesurteile sind bereits gefällt. Die Gefahr, ermordet zu werden, besteht für jeden einzelnen. Zwecklos von einer organisierten und der konterrevolutionären Regierung bezahlten Spießbande ausgeführten Attentate werden als Vorwand zu Erstickungen und Misshandlungen von Arbeitern benutzt. Ausnahmegerichte sollen den weißen Schrein vollenden. In Dresden und Leipzig sind ohne jeden Anlaß Mitglieder der kommunistischen Partei in Haft genommen. Bei dem bisherigen Aufmarsch der Konterrevolution stand die Regierung gegen die Arbeiterschaft, unterstützte durch Einheiten von Sipo und Polizei die Aktion der weißen Banden. Wir fordern von der Regierung, daß sie sofort die Freilassung der Arbeiter aus dem Leunawerk mit allen Mitteln durchsetzt, die weiteren Ermordungen von Arbeitern, sowie das Zusammentreten der außerordentlichen Gerichte verhindert und für die Freilassung sämtlicher Arbeiter ihren Einfluss geltend macht. Wir erwarten von der Regierung sofortige und klare Antwort."

Präsident Fräßdorf: Damit kann es wohl sein Bewenden haben.

Der Präsident will zur Geschäftsausordnung übergehen. Die Kommunisten verlangen wiederholt das Wort zur Geschäftsausordnung, ohne es zu erhalten.

Abg. Langrock überträgt dem Präsidenten den schriftlich formulierten Antrag, den ihm dieser vorläßt.

Abg. Siewert (Kom.): Ich stelle fest, daß in diesem Hause die Rechte der Arbeiter mit Füßen getreten werden.

Die weiteren Ausführungen gehen in tosende Unruhe des Hauses und der Tribünen unter. Die Kommunisten verlassen darauf den Saal.

Nunmehr tritt das Haus in die Behandlung der Tagesordnung ein.

Die Vorlage über die

Etabierung eines Verwaltungskostenzuschlags durch die landwirtschaftlichen Kreditanstalten wird in zweiter Beratung ohne Aussprache unverändert angenommen.

Folgende Anfrage des Abg. Arzt und Genossen:

Sind der Regierung die Ursachen der Schlagwetterexplosion im Friedenshafen der Gewerkschaft Deutschland bei Döllnitz vom 24. Januar 1921 bekannt und was gedenkt sie zu tun, um in Zukunft solchen Katastrophen nach Möglichkeit vorzubeugen? beantwortet Finanzminister Heldt: Belegt war das Unfallereignis am 24. Januar mit 89 Mann. Es ist wegen der ausgeschwärmlten Teile derart feucht, daß im großen und ganzen von dem Vorhandensein trockenem Kohlenstaub nichts gesprochen werden kann. Die Kohle wird nicht mit Schiebarbeit genommen. Grubenbrand ist weder unmittelbar vor noch nach der Explosion vorhanden gewesen. Zur Unterstützung der Weiterführung, um die einzehenden frischen Wetter in bestimmter Richtung zu leiten, sind einige elektrisch angestrahlte Ventilatoren vorhanden. Auf den Kopf der Belegschaft entfallen durchschnittlich sechzig 3 Kubikmeter Wetter, während die bergpolizeilichen Vorschriften nur 2 Kubikmeter Wettererzeugung in der Minute fordern. Der tatsächliche Wetterzugang war somit um 50 Prozent stärker, als die Vorschriften fordern. Auch die Vorschriften über die Art der Wetterführung waren erfüllt. Etwa 14 Tage vor dem Unglück sind vom Vorstande der Berginspektion 2 Döllnauer (Arbeiter) vor dem in Frage kommenden Ortsteil veranlaßt worden, die Orte auf Schlagwetter untersuchen zu lassen und dort, wo noch Schlagwettergefährliche Dörfer gefunden wurden, sind diese mit Sonderbewertung durch Ventilatoren ausgerüstet worden.

Wie die Schlagwetterexplosion zustandegekommen ist, wird wohl niemals mit voller Sicherheit nachgewiesen werden können, weil alle tot sind, die darüber etwas angeben könnten. Die übrigen Möglichkeiten zur Entstehung von Schlagwetterexplosionen scheiden hier aus. Dagegen gibt der Fund einer offenen Lampe einen Anhalt dafür, wo und durch welche Ursache die Schlagwetter entzündet worden sein können. Wenn auch alle Lampen Magnet- und Federverschluß haben, so gelingt es doch, ab und zu eine Lampe mit Gewalt und durch Anwendung einer besonderen Geschicklichkeit zu öffnen. Es wäre also möglich, daß die fragliche Lampe aus irgendeiner Ursache verloren war und trotz mehrfacher Versuche, sie mittels der in sie eingebauten Zündvorrichtung wieder zu entzünden, sich nicht wieder anstrengen ließ. Darauf deutet ein ungeschärfe 7-8 Zentimeter langer Zündstreifenrest, der verloren auf Brenner des Lampentopfes gefunden wurde. Es ist nun anzunehmen, daß der Lampenträger, statt seine verschloßene und im verschlossenen Zustande nicht wieder zum Brennen zu bringende Lampe in der nur rund 60 Meter entfernten Lampenstation in der Grube in eine neue Lampe umzutauschen, versucht hat, die Lampe zu öffnen und den Zündstreifen ein Stück ferneren Lampenstation zu öffnen und den Zündstreifen ein Stück herausgezogen hat. Dabei kann er sehr leicht unbeabsichtigt eine Zündpille angerieben und entzündet haben. Von dieser aus hätte dann die Zündflamme sofort den darüber befindlichen Teil des Zündstreifens erfaßt und das Schlagwetter entzündet. Dazwischenliegender Ventilator von Ort 6 unmittelbar vor der Explosion in Betrieb war, ist anzunehmen, daß er nach der Explosion noch gehend vorgefunden wurde. Außerdem hat ein in der Nachschicht arbeitender Hauer den Ventilator 2½ Stunde vor dem Unglück stillgestellt gefunden. Wer ihn außer Betrieb und wieder in Betrieb gelegt hat, läßt sich nicht ermitteln. Während des Stillstandes des Ventilators können sich Schlagwetter in gefährlicher Menge gebildet haben. Die Schlagwetter hätten sich auch nicht entzünden können, wenn nicht irgend jemand aus einem nicht genau zu ermittelnden Grunde die Sicherheitslampe geöffnet hätte. Gegen die Wetterführung im allgemeinen und die Art der Ortsbewertung im besonderen ist bergpolizeilich nichts einzurichten.

Zur künftigen Abschwächung der Schlagwettergefahr hat die Betriebsdirektion erklärt, daß sie nach Betriebsstillständen vor Wiederaufnahme des Betriebes die Grubenbau von besonderen dem Arbeiterlande entnommenen Wettermännern auf das Vorhandensein von Schlagwetter untersuchen lassen wolle. Diese Einrichtung ist inzwischen ins Leben getreten. Was zur Abminderung der Unfallgefahr gelingen kann, muß und wird geschehen, und zwar ohne Rücksicht auf die hierdurch entstehenden Kosten und Mühen.

Abg. Dötscher (Soz.): Die Unternehmer haben bei derartigen Vorkommen immer versucht, die Schuld den Arbeitern zuzuschreiben und auch in diesem Falle scheint es so zu sein. Wenn auch die beiden Beamten eine offene Grubenlampe gefunden haben, so ist das noch kein Beweis, daß dadurch die Explosion entstehen konnte. Es ist mir unverständlich, wie bei regelmäßiger Wetterführung das Dessen einer Grubenlampe eine Explosion herbeiführen konnte. Die Vermutung liegt sehr nahe, daß die Wetterführung nicht in Ordnung war. Wir ver-

langen, daß alles getan wird, um den Gesundheitszustand unserer Bergleute zu heben. Nach meiner Überzeugung hätte die Schlagwetterexplosion nicht eintreten können, wenn eine Luftkompressionsmaschine in Tätigkeit gewesen wäre.

Abg. Dr. Escher (Dnat.): bedauert es, daß das Unglück zu „politischer Hecke“ missbraucht werde.

Abg. Bühring (U. Soz.): Bei der Untersuchung der Bergschäden nach der Explosion wurde von den Arbeitern gesagt, daß man besonders bei der Abschaltung nach Westen alle Schutzmaßnahmen schon seit Jahren außer Acht gelassen würden. Bei der Peitung hat man sich tapferhaft bemüht, den Arbeitern die Schuld in die Schuhe zu schieben. Wenn heute gesagt wird, daß in Zukunft Weiterleute angeklagt werden sollen, so haben die Bergleute im Friedenshafen schon lange vor dem Unglück diese Forderung gestellt. Es ist verächtlich, daß kein Betriebsratsmitglied bei der ersten Untersuchung hinzugezogen wurde. In den ersten Stunden nach dem Unglück schien die Betriebsleitung bestellt zu sein, irgendwelche Zeugen von der Belegschaft nicht mit der Untersuchung teilnehmen zu lassen. Wir protestieren aufs entschiedenste dagegen, daß ohne jeden Nachweis verachtet wird, den Arbeitern die Schuld in die Schuhe zu schieben. Wir verlangen auch, daß so bald als möglich die Kontrollbehörde ange stellt werden und verlangen weiter, daß im Oelsnitz-Lugauer Revier diejenigen Maßnahmen getroffen werden, die in größerer Betriebe schon eingerichtet sind.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Escher ist die Aussprache geschlossen.

Abg. Wielch (Dnat.) begründet folgende Anfrage seiner Parteifreunde:

Was die Regierung bereit, die von den einzelnen Kommunalverbänden den Landwirten auferlegte Haferumlage um ein Bedeutendes zu ermöglichen? Ist sie insbesondere bereit, die Bestimmung aufzuheben, daß die Landwirte, welche außerstande sind, die auferlegte Hafermenge zu liefern, den dreifachen Beitrag des Haferpreises zu zahlen haben? Ist die Regierung bereit, über die Verwendung des gelieferten und noch zu liefernden Hafers eingehende Auskunft zu geben, nachdem die öffentliche Bewirtschaftung der Hafernährmittel aufgehoben ist?

Ministerialdirektor Dr. v. Hübel: Es sind von 18 Kommunalverbänden Gesuche auf Ermäßigung der Haferumlage eingegangen. Diesen Gesuchen ist in vollem Umfang stattgegeben worden. Die Regierung hat gesagt, was getan werden könnte.

Die Bestimmung über die Zahlung des dreifachen Beitrages des Haferpreises ist rechtmäßig. Sie ist auch unabdingt notwendig, wenn die Haferumlage durchgeführt werden soll.

Was die Reichsregierung mit dem Hafer macht, wissen wir selbst nicht.

Auf meine Anfrage wurde uns mitgeteilt, daß die Belieferung der Hafernährmittelfabriken damit voranläuft.

Abg. Hübschmann (D. Vp.): Die Landwirtschaft und die Kommunalverbände müßten vor Übersteuerung geschützt werden.

Abg. Helmrich (Soz.): Es sei Bucher der Reichspolizeidirektion, wenn sie Hafer mit 69 Mt. einlauft und mit 169 Mt. verlauft. Infolgedessen hätten die sächsischen Landwirte nicht genügend Hafer abgeliefert.

Abg. Claus (Dem.): Die Haferumlage sei nicht zu vermeiden. In beladenen Häfen könne aber ein Nachlass erfolgen.

Ministerpräsident Busch: Die sächsische Regierung werde nicht für eine Ermäßigung der Umlage eintreten. Die Aufhebung der Zwangsverpflichtung des Hafers sei unmöglich.

Abg. Schmidt (Dnat.) ist nicht bestiegt von der Antwort der Regierung und gibt seinem Mißtrauen mit der Zwangswirtschaft in längster Rede Ausdruck.

Auf den gleichen Standpunkt stellt sich Abg. Runkel (Dnat.).

Ministerpräsident Busch: Die behördlicherseits angeordneten Maßnahmen hätten das Maß der Billigkeit nicht überschritten. Die Regierung sei verpflichtet, die Ernährungsbestimmungen durchzuführen.

Damit ist die Aussprache erschöpft und die Tagesordnung erledigt.

für die Parole, um den „reformistischen Führern“ die Maske vom Gesicht zu reißen und sie zu zwingen, härde zu bestimmen.

Der Streit der Kommunisten war eine politische Aktion, mit der die Gewerkschaften nichts zu tun hatten. Die Gewerkschaften haben deshalb auch keinerlei Verpflichtung, finanzielle Unterstützung an diejenigen zu zahlen, die Opfer dieser Parteiaktion geworden sind. Es heißt jedes Arbeitern in den Gewerkschaften unmöglich machen, wenn diese verpflichtet werden sollten, die Finanzierung solcher Aktionen zu übernehmen, auf deren Finanzierung und Leitung sie nicht den geringsten Einfluß haben. Das trifft sowohl auf Aktionen zu, die von der KPD beschlossen wurden, als auch auf jene, die von irgendeiner andern Partei oder Körperschaft ausgehen. Wäre es anders, dann wären die Gewerkschaften in ganz kurzer Zeit bankrott und könnten ihre eigenständigen Aufgaben nicht erfüllen. Wenn die Chemnitzer Gewerkschaftsleiter es abschließen, finanzielle Unterstützung den Ausgeplerten zulassen zu lassen, sind sie also im Recht.

Anders liegt es aber nach unserer Auffassung mit der moralischen und organisatorischen Unterstützung der Gewerkschaften. Da ist es Pflicht der Gewerkschaftsführer, gestützt auf die hinter ihnen stehenden Massen, ihren ganzen Einfluß auszuüben, um die Unternehmer von ihren Maßregelungsabsichten abzuhalten. Das wird ihnen bei der hinterhältigen Kampfweise der Kommunisten gewiß oft recht bitter ankommen, aber persönliche Empfindungen dürfen hier keine Rolle spielen. Die Gewerkschaften haben sich um die politische Meinung ihrer Mitglieder nicht zu kümmern, sie haben aber die wirtschaftlichen Interessen derjenigen wahrgenommen. Auch stehen wir auf dem Standpunkt, daß die Unternehmer aus der Vertretung der politischen Überzeugung dem einzelnen Arbeiter keinen Strich durchziehen dürfen. Wir halten zwar die kommunistische Politik für falsch und bekämpfen sie ausschärfend, das hindert uns aber nicht, diejenigen zu schützen, die von den Unternehmern dieser falschen Politik härter verfolgt werden. Auch aus faktischen Gründen würden die Gewerkschaften gut tun, seine Nachfahrt zu betreiben. Sehen die Betriebsleiter Proletariat, daß sie in den verläßt Gewerkschaften einen Rückhalt finden, dann werden sie um so eher erkennen, daß die Kommunisten im Unrecht sind und sie werden sich zum Heil der Arbeiterbewegung von diesen abwenden.

Aufklärung, Baubedeckerte!

Nach Aufhebung der Verordnung betrifft Greifmachung von Arbeitsstellen, besitzt die irrtige Auffassung, daß im Baugewerbe Einstellungen nach Belieben vorgenommen werden können. Diese Auffassung ist falsch.

Im Hoch- und Tiefbaugewerbe ist die Arbeitsvermittlung für Leipzig vertraglich geregelt. Es müssen deshalb alle offenen Stellen auf unserm partikulären Fachschwab in der Müngasse gemeistert werden.

Die Baubedeckerten sind verpflichtet, streng darauf zu achten, daß jeder Neuanschlagende die bekannte blaue Kontrollkarte vom Nachweis abzugeben hat.

Der Vorstand.

Geschäftsleitung zentrale Rohrverhandlungen im Maschinenbau.

In den Tagen vom 21. bis 23. März fanden in Torgau zentrale Verhandlungen über die Neuregelung der Stundenlöhne im Maschinenbau statt. Von Arbeitgeberseite war der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe (Erlangen) und von Arbeitnehmerseite der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband (Sip Berlin), der Verband christlicher Schneider und der Gewerbeverein der Schneider (G.D.) beteiligt.

Für die Neuregelung der Stundenlöhne kommen in 214 Städten 454 Firmen mit 27 886 männlichen und 13 574 weiblichen Beschäftigten in Frage, wovon 85 v. H. der männlichen und 81 v. H. der weiblichen Mitglieder des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes sind. Bereits im Monat Februar haben zweimal Verhandlungen unter der gleichen Leitung in Nürnberg und Frankfurt a. M. stattgefunden, die jedoch ergebnislos verlaufen.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes war infolge der Stimming eines Teils seiner Mitglieder nur zu einem Zugeständnis von höchstens 5 v. H. Lohnzulage zu bewegen, das obendrein noch an bestimmte Bedingungen geknüpft war. Der von den Unparteiischen gefällte Schiedsspruch trug nur der Arbeitgeberseite Rechnung, und es mußten daher die Arbeitnehmervertreter eine Empfehlung der Annahme des Schiedsspruchs ablehnen. Damit waren die zentralen Verhandlungen wiederholt und es müssen nunmehr die Stundenlöhne örtlich vereinbart werden.

Der Deutsche Kürschner-Verband steht vor einer Verschmelzung mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband.

Schon der Außerordentliche Verbandstag in Hamburg 1918 hatte sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Der im Vorjahr in Leipzig abgehaltene Verbandstag beschloß, nun endgültig die Verschmelzung zum Abschluß zu bringen.

Die im März zwischen den beiderseitigen Hauptvorständen aufgestellten und beschlossenen Richtlinien geben die Gewähr, daß sobald die Mitglieder des D. K. V. von der Notwendigkeit einer Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiter-Verband überzeugt sind, diese zustande kommen wird.

In einer am 1. April abgehaltenen Mitgliederversammlung der Filiale Leipzig des D. K. V. referierte der Verbandsvorsitzende Kollege Heinze über die Verschmelzung. Die Ausführungen des Referenten wie die des Disziplinsprechers gingen dahin, daß es die Aufgabe der Gewerkschaften sei, dieselben nicht zu zerstreuen, sondern zusammenzufassen zu großen Industrieverbänden, um dem immer geschlossener auftretenden Industriekapital ein Paroli zu bieten.

Für den D. K. V. sei die Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiter-Verband auch in bezug auf die Tarifpolitik und vor allem auch in der Agitation von großem Vorteil. Die in Kürze stattfindende Wahlkampfzeit müsse beweisen, daß auch die Mitglieder des D. K. V. erkannt haben, daß uns die Verschmelzung mit dem Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband dem Industrieverband für die Bekleidungsindustrie näher bringt. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

In der richtigen Erkenntnis, daß durch den immer festeren Zusammenschluß der Arbeitgeberverbände eine Vereinigung der Arbeitnehmerorganisationen eine zwangsläufige Notwendigkeit ist, erklärt sich die am 1. April tagende Mitgliederversammlung des D. K. V. Filiale Leipzig, für eine Verschmelzung zum Industrieverband für die Bekleidungsindustrie.

Zur Errreichung dieses Ziels ist die Versammlung gewillt, für eine Verschmelzung mit dem Bekleidungsarbeiter-Verband einzutreten und begrüßt daher die von den beiderseitigen Hauptvorständen aufgestellten Richtlinien.

Des weiteren sind die Versammlungen bereit, alles daran zu legen, nach Errreichung dieser ersten Etappe die übrigen Organisationen der Bekleidungsindustrie für die Verwirklichung des Industrieverbandes auf Grund des wirtschaftlichen Rückschlusses zu gewinnen.

—

Die Gewerbegebietswahl in Plauen i. B. fand bei äußerst geringer Wahlbeteiligung statt. Von rund 16 000 Wahlberechtigten übten wenig mehr als 3000 ihr Wahlrecht aus. Von diesen Stimmen fielen etwa 10 v. H. auf die Liste der nationalen Arbeiter, die übrigen auf die Liste der freien Gewerkschaften.

Im Berliner Tiefbaugewerbe ist ein umfangreicher Streit wegen Lohnforderungen ausgebrochen.

Gerichtsstaat.

Reichsgericht.

Die Geliebte ermordet. Das Schwurgericht Heidelberg hat am 21. Januar den Kaufmann Karl Stuhlmüller aus Mannheim wegen Mordes zum Tode verurteilt, weil er am

12. Juli v. J. bei Hohberg im Wald am Abhange des Heiligen Berges keine Gesichts-, die unverheirathete Margarete Götz aus Mannheim, die sich in anderen Umständen befand, ermordet hat. Gegen das Todesurteil hatte der Angeklagte Revision eingereicht. Das Reichsgericht verwies die Revision des Angeklagten als unbegründet.

Wahsager als Betrug bestreikt. Das Landgericht Heilbronn hatte sich am 12. Juli v. J. mit einem gewissen Wilhelm Metzler zu beschäftigen, der als seinen Beruf Wahsager und Hexer angab. Der Mann wurde wegen versuchten Betruges zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar auf Grund des folgenden Sachverhalts: Der Angeklagte hatte in seinem Betonunterkeller die Meinung verbreitet, daß er aus den Linien der Hand die Schicksale des Menschen ablese und die Zukunft wisse. Namenslich in der Zeit von 1919 bis zum Januar 1920 hat er einer Reihe von Personen mehr oder weniger wahrgesagt und sich dafür 50 Pf. bis 2 M. zahlen lassen. Eine Reihe seiner Kunden wurden vor Gericht als Zeugen vernommen, bestanden aber, daß sie selbst es nicht für möglich gehalten hätten, daß der Angeklagte ihnen wirklich etwas wahrzusehen könne; sie hätten sich nur einen Nutzen machen wollen und dafür das Geld geschenkt. Das Urteil sagt, daß es eine Fähigkeit ist, die Schicksale vorauszusagen, nicht gibt, daß aber der Angeklagte den Gläubern an eine solche ihm innerwohnende Fähigkeit wider besseres Wissen andere Personen hinzubringen gesucht habe. Da aber die

Zeugen erklärt haben, daß sie selbst nicht an die Fähigkeit des Angeklagten geglaubt haben, so wurde, obwohl der Angeklagte von Ihnen Geld erhalten hat, doch angenommen, daß nicht vollendet, sondern nur versuchter Betrug vorliege. In seiner Revision gegen das erwähnte Urteil suchte der Angeklagte darzulegen, daß von einer Täuschung keine Rede sein könne, weil die betreffenden Personen sich nur einen Nutzen machen wollten. Das Reichsgericht verwies jedoch die Revision als unbegründet, da der Tatbestand des versuchten Betruges einwandfrei festgestellt sei.

Briefstellen der Redaktion.

P. L. 164. 1. Die Reichsunfallsteuer beträgt 1½ Prozent vom Umsatz. 2. Wie hoch die andern geschäftlichen Abgaben sind, läßt sich erst nach genauer Prüfung der Dinge feststellen, da hier Abfälle unlöslich sind.

R. B. Würzburger Straße. Uns sind eine ganze Reihe solcher Zuschriften angegangen, die als Material an geeigneter Stelle zur Verwertung kommen sollen. Wir werden möglichst mit Sendungen aller Art daran reich bedacht, daß es einfach unmöglich ist, alle zum Abdruck zu bringen.

C. G., L. Neudörff. Der erhöhte Preis durch Ihnen für die genannte Zeit nicht angerechnet werden. Beschweren Sie sich beim Rat.

U. S. Es handelt sich um eine der zahlreichen ungerechten Bestimmungen, die sich gegen Ausländer richten und die haupt-

fachlich Arbeitnehmer treffen. Wir werden die Angelegenheit weiter geben, damit sie an zuständiger Stelle zur Erörterung gelangt.

N. R. 100. 1. Sie müssen die Hinterbliebenrente erhalten. 2. Der dreisatige Betrag der Jahreswitwenrente. Sie müssen ihn erhalten. — 2 M. Parleikasse.

O. S. W. Das Vereinigungslokal der Sozialistischen Proletarierjugend für den Osten befindet sich in der Grünen Aue, Bernhardstraße. Ihr Sohn kann sich dort als Mitglied aufnehmen lassen.

M. W. 1. Nehmen Sie das hiesige Amtssiegel in Anspruch. 2. Ob Sie Erfolg haben, können wir nicht voraus sagen. — 1 M. Parleikasse.

W. C. 102. Das ist nur zulässig, wenn das Grundstück im Wege der Zwangsabholzung versteigert oder vom Konkursverwalter verkauft worden ist.

M. P. 10. 1. Sie sind dazu verpflichtet, wenn Sie dazu in der Lage sind, denn der Satz wird allgemein gezahlt. 2. Nein, das können Sie nicht.

Geringschätzung. Hier hilft keine Beschwerde, hier muß Klage geführt werden, weil der Abzug unzulässig ist.

O. G. 1a. Über die Höhe der Miete entscheidet das Mieteinstellungsausschuss. Wenn das Haus völlig verwahrlost, so müssen die Nachbarn eingreifen. Wenden Sie sich ans Gesundheitsamt.

Im Interesse der vielen Beschleidenden sei an dieser Stelle nochmal ganz besonders auf das Interat des Herrn Ph. Steuer Sohn in heutiger Nummer hingewiesen.

1920. Groß-Leipzig. öffentl. Volksversammlungen

Donnerstag, den 7. April, abends 1/8 Uhr: Pantheon, Dresdner Str., Albertgarten, L.-Anger, Gesellschaftshaus, Schönefeld, Neuer Gasthof, Gohlis, Goldner Adler, Lindenau, Elstertal, Schleußig, Reichsverweser, Kleinzschocher.

Lagesordnung in allen Versammlungen:

Katastrophen- oder grundförmliche sozialdemokratische Politik?

Freie Aussprache!

Arbeiter, Angestellte, Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen!

Der Hauptvorstand der USPD. Groß-Leipzig.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Freitag, den 8. April 1920, abends 1/8 Uhr. Generalversammlung im Stern. 1. Vortrag des Gen. Bruchardt über: Die politische Lage. 2. Berichte. 3. Neuwahlen. Die Angriffe von links und rechts auf unsere Partei erfordern zahlreiches Erscheinen. Der Vorstand.

U.S.P.D. Eilenburg

Freitag, 8. April, abends 8 Uhr. Mitgliederversammlung in der Quelle. Tagesordnung: Vorstandsbericht und Neuwahl des Vorstandes.

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen / Ortsgruppe Leipzig

Montag, den 11. April, abends 7 Uhr in den „Drei Lilien“, L.-Neudörff.

Außerordentl. Generalversammlung.

Zutritt nur gegen Ausweis des Mitgliedsbuches. Erscheinen aller ist Pflicht.

Deutscher Werkmeister-Verband

Bezirks-Versammlung VI (Metallindustrie).

Donnerstag, den 7. April

Monats- und Vertrauensmänner-Versammlung

im „Eremit“ Lauchaer Straße.

Die Mai-Versammlung findet schon Mittwoch, den 4. Mai, statt. Der Vorstand.



Delikatess-Würstchen
Wiener und Jauersche in Dosen
für Würstchenhändler

liefer währnd der Meile aller billigst
Franz Götsch. Messplatz
Würstchen-Zelt - am Tanz-Palast.

Zweite Sächs. Landeswohlfahrts-Geldlotterie

Hauptvertretung:
Innenausbau für Sachsen
Leipzig, Universitätsstr. 4
Jahrgang 20.—23. Mai 1921

Höchstgewinn 1. 500.000

125.000

Brutto: 75.000

Hauptgewinne 50.000

30.000

20.000

15.000

10.000 u. m.

Preise u. M. 4.— (Postgeld u. Liste M. 1.30) bei den

Staatslotterien, Glückschein,

und den durch Postkarte

öffentlichen Geschäftsräumen, j.

Abonnementen berücksichtigt bei Euren Einfäulen die

Insideren der Leipziger Volkszeitung.

Goske
Windmühlenstraße 4—12.

Billige Lebensmittel

Margarine	Pfd. 10.50	9.50
Rindertalg	Pfd. 8.—	
Schweineschmalz	Pfd. 11.50	
Kuns-speisetfett	Pfd. 9.80	
Spelzeöl	Pfd. 12.50 u. 11.—	

Blut- u. Zwiebelleberwurst . . .	Pfd. 9.80 ¼	Pfd. 2.50
Knack- u. Mettwurst	Pfd. 13.50 ¼	Pfd. 3.50

Weisse Rangoon-Bohnen	Pfd. 0.95	
Weisse Perlbohnen	Pfd. 1.45	
Kleine gelbe Erbsen	Pfd. 1.55	
Victoria-Erbsen	Pfd. 1.75	
Grüne Erbsen	Pfd. 1.70	

Haferflocken	Pfd. 2.65	
Weisses Mehl, beste Maisqualität	Pfd. 3.20	

Tafel-Voll-Reis	Pfd. 2.70	
Reisgriss	Pfd. 2.50	
Maisgriss, gelb	Pfd. 2.50	
Maisgriss, weiß	Pfd. 2.70	

Kaffee, frisch gebrannt	Pfd. 21.— u. 19.—	
Kakao, garantiert rein	Pfd. 14.50	

Limburger Käse	Pfd. 9.80	
Gouda-Käse	Pfd. 12.— 10.—	
Stangen-Käse	Stück 0.90	
Gebrannte Gerste	1/1 Pfd.-Pak. 3.50	
Kornfrank, grün	1/1 Pfd.-Pak. 3.50	

Frische Landeler Stck. 1.30 u. t.25

Calif. Pflaumen, getr.	Pfd. 4.80	
Bosn. Pflaumen, getr.	Pfd. 5.60	
Pflaumen, ganze Frucht, d. 2-Pfd.-Dose	6.50	
Tomaten-Purree die 1-Pfd.-Dose	2.25	
Tomaten-Purree 200-Gramm-Dose	0.95	
Tomaten-Purree 125-Gramm-Dose	0.75	
Aptelmus die 2-Pfd.-Dose	5.25	

Farben Lacke Malerutensilien

empfohlen zu niedrigen Preisen in großer Auswahl

Theodor Reiche & Co., Leipzig
Packhofstraße 11/13 (Gewerkschaftshaus).

Billige Fleisch- u. Wurstwaren

Brötzel-Schweineleberwurst	Pfund 11.—	Mt.
Blut- und Leberwurst	11.—	
Preßkopf	13.—	
Knackwurst	14.—	
II. geräucherter Speck	10.—	
Schwarzfleisch	11.—	
Ja Taig	9.—	

Markthalle, Galerie, Stand 65.

</div

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Dettler's Badpulver

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Redakteur gesucht.

Wir suchen zum Eintritt der 1. Mai d. J. einen in der Parteidarbietung erfahrenen, tüchtigen **politischen Redakteur.**
Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und der künftigen Verhältnisse sind bis zum 12. April zu richten an den Vorstandsvorsitzenden der Pressekommission: Rud. Koch, Döhren b. Dresden, Weißgerer Str. 46b.
Unabhängige Volkszeitung, Dresden.

Weiß-Näherinnen

für Damenwäsché
im Geschäft und außer dem Hause werden
sofort bei gutem Lohn gesucht von

T. Fogel, Katharinenstr. 17
Aufgang A. I. Stod. :

Stohut-Näherinnen
für elektr. Nähsaal sowie für Hausarbeit, Neu- und Umnähware, gr. Polten, sow. **Stroh- u. Filzhutzieher** gesucht
Gustav Teichmann, Leipzig, Katharinenstraße 13.

Holzhandlung

Nähe Leipzigs sucht einen nachweislich zuverlässigen Mann, der mit der Holzberechnung vertraut ist. Holzqualitäten kenntu. Söpferlich fähig ist, sämtliche Planarbeiten zu verrichten. Wohnung auf dem Lagergrundstück gegen Wohnungstausch nach Leipzig vorhanden:
Bewerb. usw. unter Chiffre O. 55 an die Exped. d. Blatt.

Relief-Graveur

für Etiketten suchen
Gebr. Riedel, Sophienstr. 38.
Schulung zum Wegelaufen
gel. Buchdr. Sidoniestr. 51
Alleinst. Frau zur Führung
eines Frauenlo. Haushalt
nicht unt. 40 J. gel. 6-7 Uhr
abends. Mörderstr. 32, II. R.
Ostermädchen f. nachm. od. a.
f. d. ganz. Tag z. Aufwart. gel.
Lindenau, Marktstr. 10, I.
Saub., Schuhmädchen, a. Aufw.
gesucht Windorfer Str. 62, II. R.

Verhände

Ziegelmeister gibt täglich ab
R. Demme, Grätzl. Seitenstr. 16
Donnerstag, den 7. April,
auf Ladestraße, Paunzendorf,
Stück, an der Mühl.,
la. Spelskartoffel - Ausgabe.

Bremer Keulen

Zigarette, 10 Stück nur 8.-, d.
Herberste. 40 und Elsterstr. 3.
Wiederhol. Engros, Preis
ab Wiederhol. Elsterstr. 17, II.

GLOBUS
Putz-Extrakt
Der Glanz hilft am längsten

Filz-Schneid. Jan. A. G. Leipzig

Seide - Gamischien, neue
Herren-Schnürjackette 138,-, neues
Mil. - Siegel u. Schuh
L. A. Frommannstr. 12, Laden

Jungl. - Covercontralet, elg.
a. Gr. 550,- Dieslauf. 105, III.

Mehrere mod. Anzüge
Cuttaw. Gehrock, Schlupf,
Somme, Paletot, versch. Hosen
verf. billig Lange Str. 10, I.

Von Herrschaften wenig gef.
I. gut wie neu, u. neuwert.
Dam. u. And. Garderobe aus
feinst. Stoff, hergest. auf Sie
wie altbekannt, gut u. bill.
nur 12. Kummer, Heilstr. 14, II. B.

Einige Anzüge, me. versch.
Hosen Demmeringstr. 72, II. I.

Cuttaw. m. W. u. g. S. wie
billig Lind. Markt 11, I. I.

Mil. Hose, neu, 125, neu, Mil.
Schuhstr. 100 Elisenstr. 41, II.

Möbel

modern - solide
preiswert!
Herm. Fontius
Leipzig-Gohlis
zuherre Hallische Str. 105
Straßenbahnlinie 10

Bertilo Kleiderstr. 160.
Stühle, Ira. Bettst.
m. a. M. Turnerstraße 9, II. I.

Küchenschrank
groß für Großwirtse passend.
v. Frommannstr. 12, Laden.

Rüche modern, 950 Mt.

Küchenmöbel, roh
360,- €. Ausziehlich, 2 Stühle
verf. Günther, Turnerstr. 19.

2 Kücheklosas, d. a. e. r. h. a. f. t.
billig Senefelderstraße 21, I.

Billige**Herren-Garderobe**

Grosser Gelegenheitskauf

Teilweise weit unter Preis.

Habe einen großen Restposten:
Anzüge, Covercoats, Schlüpfen,
Paletois, Cutaway, Hosen, Jonpon
Gummimäntel - beste Qualitäten -
aufgekauft und stelle diese einzeln
auf auffallend billig zum Verkauf.

J. Kindermann Neumarkt 1

1. Etage. ::

Sofa, 3 Tische, Uhr z. verkauf. **Rüchenlosa**, Bettst. m. Matz.
Vollm., Ewaldstraße 31, III. billig Jelher Straße 38, II. I.

Baumwollwaren
und Wäschestoffe

in Qualitätswaren zu den niedrigsten Tagespreisen

8000 Meter Rohnessel:

Posten I 90 cm, feinfädige Qualität Meter	6⁹⁰	Posten II 90 cm, gute, dichte helle Qualität Meter	9⁰⁰
--	-----------------------	---	-----------------------

Posten III 88 cm, besonders hältb. kräftige helle Qualität	10⁰⁰	Posten IV 145 cm, besond. haltbare kräftige helle Qualität	21⁰⁰
---	------------------------	---	------------------------

8000 Meter Hemdentuche

durchgängig 80 cm breit:

Posten I kräftige Qualität Meter	8⁷⁵	Posten II starkfädige Qualität Meter	10⁰⁰
---	-----------------------	---	------------------------

Posten III besonders schöne Qualität Meter	12⁵⁰	Posten IV außergewöhnlich gute Qualität Meter	14⁵⁰
---	------------------------	--	------------------------

Bettketonne
gute schön gebleichte
Ware, 130 cm **26⁵⁰**

Perkal
beste elsischische Qualität,
80 cm **16⁵⁰**

Zischen 24⁰⁰ 80 cm **14⁵⁰**
130 cm 15.00

Bettkattun
kräftige Qualität **12⁵⁰**

Körperbarchent
weiss, 80 cm **10⁵⁰**

Inlett rot 130 cm **45** 80 cm **26⁵⁰**

Inlett rosa z. Kinderbetten
feine Qualität, 130 cm **19⁵⁰**

Inlett rot u. rosa gestreift,
feine Qualität, 130 cm **56⁰⁰** 80 cm **34⁰⁰**

Blaudruck I. Qualität
80 cm **16⁵⁰** II. Qualität 80 cm **11⁵⁰**

Stangenleinen 130 cm la. Qual. 42.00 38.00 **31⁰⁰**

Ja. Qualität **23⁵⁰**

Knaben-Satin
für Sommer - Anzüge, **26⁵⁰**
beste Qualität

Schürzenstoffe la. Qualität, schone dunkle
Muster Meter **24⁰⁰**

Scheuerschürzenstoffe gute Qual. 90 cm **14⁵⁰**

Fertige Bettwäsche:

Damast- und Stangen-

leinen Bezug **145⁰⁰** Kissen **42⁰⁰**

Ketonne - Bezug weiß, Holl.
saum und gestickt, Bezug mit 2 Kissen **220⁰⁰** **180⁰⁰**

Bunte Bezüge Bezug **118⁰⁰** **110⁰⁰** **85⁰⁰**

Kissen **26⁵⁰** **21⁵⁰**

Nessel-Bezüge Bezug **70⁰⁰** Kissen **20⁰⁰**

Für Händler und Wiederverkäufer besondere Abteilung.

Kaufhaus

Gebr. Held

Merseburger Straße 84
Ecke Demmerringstraße.

Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen

Felle-Einkauf.

Ich bin noch wie vor Räuber für alle Sorten reiche
Häute und Felle zu **Röhn Wagner**, Querstr. 21

Für Haushälter

Wurstküche Alexanderstr.
VI. Weihenstr. 1. I. S. Schuhstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, Rüden
verkauf 12 Stück für 100 Mt.
Li. Käse mit Butter, 14. April.
Zirca 120 Euter, Brüder
J. und J. Zwickerndorf Str. 28

Kaufleute

Wurstküche Alexanderstr.
16 Tage alte Fleisen, R

ALTE HOFF

Preiswertes Angebot in

Trikotagen

Herren-Einsatz-Hemden	mittler Mako, mit eleganten Einsatzten	3650
Herren-Einsatz-Hemden	weiß gebleicht, mit eleganten Einsatzten	3900
Herren-Hemden	mittler Mako	2650
Herren-Hemden	Normal-Trikot	3500
Herren-Hosen	mittler Mako	2450
Herren-Hosen	Normal-Trikot	2650
Herren-Jacken	mittler Mako, lange Ärmel	2200
Herren-Neß-Jacken	rohweiß, mit Vorderdruck, ½ Ärmel 13.00 - 12.00	1100

Korseftschioner	weiß, Baumwolle, gestrickt, ohne Arm	9.50	675
Untertaillen	rohweiß, gestrickt, ohne Arm	7.50	750
Damen-Hemden	weiß, Baumwolle, gestrickt, ohne Arm	19.50	1950
Damen-Schlupfhosen	Baumwolle, in vielen Farben	19.50	1950
Damen-Reformhosen	marineblau, kräftige haltbare Qualität	24.50	2450
Damen-Hemdjhosen	weiß, Baumwolle, gestrickt, ohne Arm	24.50	2450
Damen-Hemdjhosen	mit Häkelposse, weiß Baumwolle, gestrickt, ohne Arm	38.00	3800

Original-Kristall-Unterzeuge aus edelstem Baumwollgarn ganz außergewöhnlich billig.

Herren-Hemden	in leichter, 2-lädiger Ware, 3½ offen 62.00 - 58.00	5400
Herren-Hemden	in schwerer 4-lädiger Ware, 3½ offen 62.00 - 58.00	5400
Herren-Jacken	in leichter, 2-lädiger Ausführung, ¾ Arm	4600 4400 4200

Kinder-Sweater,	gestrickt, marine, grün, leder, blau, je nach Größe	950
Anknöpf-Höschen	(Turnhöschen), weiß und marinefarbig	950
Kinder-Hemdjhosen,	lange Ärmel, grau	975

Ganz bedeutend unter Preis:
Herren - Hüte moderne Formen und Farben, mit edlem Leder Jeder Hut 39⁰⁰



Uhren

Ketten, Schmucksachen
größte Auswahl Billigste Preise
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Strasse 6

Rilden	Futter Reis 1.80
Hühner-Kraut	Futter 2.40 1.50
Mais-Milch	Mais-Milch 1.80
Knoedelschrot	Knoedelschrot 2. - 1.40
Maisjüdrot	Maisjüdrot 2.80 3.50
Geflügelmarkfleisch	Geflügelmarkfleisch 3.50
Mohnkuchenmehl	Mohnkuchenmehl 2.80 3.50
Wurst bei 10 Pfld. im Kr. bill.	Wurst bei 10 Pfld. im Kr. bill.
Feist.	Feist. 12 *
Gedächtnisse	Gedächtnisse 12 *
Strohseiden	Strohseiden 1 u. 8.

Kartoffeland

abgeküsst u. geöffnet, fertig z. Ausl. Rittergut Schönesfeld.

Leder Im ganzen wie im Auschnitt, sowie Lämi, Schuhleder, artfrei zu billigen Preisen. Bewährt außerdem bei Einlauf von 10 Mayr an auf alle Arten 10 Prozent Rabatt. Bitte genau auf Firma C. Migdin, Lederhandlung, Taubauer Straße 48 zu achten.

Gegen Haarausfall
Heilemanns Haarbalsam

Flasche 8.50 und 10.- M. — Au haben: Friseurgeschäft Heilemann, Bayerischer Platz, Ende Nürnberger Str.

Leipziger Bücher-Romich-Salle

Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.

Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendwerken.

Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang. Auftrag von Büchern oder Zeitschriften u. Schulbüchern.

Seifenputz

Erfil
Reinigt amos' ist billig und greift das einen nicht an. Überall erhältlich. Großes Sortiment. Wihl. Zaspel Inh. Rudolf Fiedler Seitenfahrt Leipzig-Fult. 13.850.

Händler kaufen

Scheuer-Tücher

Im Fabrikklager * Nantstr. 59 Tel. 31198 Hausierer

Bekanntmachung

Das Entwaffnungsgesetz

Ist durchgeführt. Alle in den Händen von Privatpersonen befindlichen

Waffen sind fast restlos abgeliefert.

Trotzdem ist vom Freitag, den 8., ab in dem Grundstück Hainstrasse 19

Die grösste Kanone: Präsident Barrada zu sehen.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig

Volkshaus (Saalgebäude), Geschäftstage: 8-10 Uhr vormittags, 12-1 Uhr nachmittags, Donnerstag 4-6 Uhr nachmittags.

Freitag, den 8. April, abends ½ Uhr im großen Saale des Volkshauses

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Genossenschaftswesen. Referent: Genosse Weiss vom
2. Vortrag über: Generalsatzung. Konkurrenz-Verein Leipzig-Plagwitz
3. Abrechnung vom ersten Quartal 1921. 4. Verschiedenes.

Dienstag, den 12. April, abends 6 Uhr im Volkshaus - Café

Beratung der Betriebsräte und Vertretergesleute.

Zutritt zu beiden Versammlungen nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches od. Karte. Die Ortsverwaltung.